Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 150. Montag, den 30. Juni 1913. 20. Jahrg.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Werbt zum 1. Juli neue Abonnenten für den Volksboten!

Für **Eure** Zeitung, denn nur die Arbeiterpresse vertritt die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Interessen des Proletariats!

Für **Eure** Zeitung, denn nur die **Arbeiterpresse** untersteht der **Kontrolle** der Arbeiter-Organisationen!

Für **Eure** Zeitung, denn **nicht des Profites** wegen wird sie gedruckt, wie die Bourgeoispresse, alle Erträge kommen restlos dem Ausbau des Blattes und der Förderung der Organisation wieder zugute!

Für **Eure** Zeitung, denn nur die **Arbeiterblätter** haben den Willen, die Kraft und den Mut, Euch neue Rechte erobern zu helfen!

Für **Eure** Zeitung, Klassenkämpfer, denn nur die Aufklärung durch die Arbeiterpresse wird allen Klassengenossen die Fähigkeit geben, die Stärke der **Solidarität** zu erkennen!

Für **Eure** Zeitung, Kampfgenossen, denn nur Blätter wie der „Volksbote“ sind in der Lage, Euch rasch und zuversichtlich über alle politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkämpfe zu unterrichten!

Für **Eure** Zeitung, Kulturfreunde, denn nur der „Volksbote“ ist unermüdlich bestrebt, die Massen zur Begehrlichkeit, zur Freude an allem Schönen, zur Freude an Wissenschaft und Kunst zu erziehen!

Für **Eure** Zeitung, Gewerkschafter, denn nur die tägliche Aufklärung des Proletariats durch die Arbeiterpresse ist imstande, den Boden zu bereiten für neue Siege! Wäre in jeder Arbeiterhand jeden Abend der „Volksbote“, dann wäre den **kapitalistischen Sumpfblüten** und **Streikbrechervereinen** längst der Atem ausgegangen!

Für **Eure** Zeitung, Friedensfreunde in Stadt und Land, denn die Verbreitung der Arbeiterpresse ist die sicherste Gewähr für den **Weltfrieden**; würde jeder Arbeiter regelmäßig die **sozialdemokratische Presse** lesen, dann hätten die **Kriegshetzer** längst ausgespielt, kein Dummer würde sich mehr finden, der sich für die **Rüstungsgeschäftchen** der Kanonenlieferanten ausplündern oder totschießen läßt!

Drum auf zur Agitation für den „Volksboten“! Jeder Leser werde ein Werber für die Arbeiterpresse!

Ins Arbeiterheim das Arbeiterblatt!

Der Abschluß.

Vielleicht hatte Herr v. Bethmann-Hollweg die Absicht, den Abschluß der Militärberatung zu einer großen patriotischen Demonstration zu gestalten. Vielleicht empfand er auch nur das Bedürfnis, bei der dritten Lesung den peinlichen Eindruck zu verwischen, den die erbarmungslose Kritik der Sozialdemokraten an den ganzen militaristischen Einrichtungen in den Kreisen seiner Anhänger erzeugt hat. Er erschien jedenfalls heute früh im Reichstag und nahm das Wort, um noch einmal gegen die Polemik unseres Freundes Scheidemann die Notwendigkeit seiner Vorlage zu bekräftigen. Aber dieser Kanzler sollte sich nicht an solche Experimente wagen. Er ist kein geschickter Redner, und in einer so schlechten Sache kann er sicher nichts gutmachen. Es mochte früher eine gewisse Freude bieten, wenn Herr v. Bülow sich an Beredsamkeit mit den Wortführern der äußersten Linken maß. Herr v. Bethmann-Hollweg erweckt allenfalls ein gewisses Mitleid, und selbst heute, wo er nach Möglichkeit gefährliche Längen vermied, wirkte er nicht überzeugt und nicht überzeugend.

Zur dritten und letzten Lesung der Wehrvorlage entwickelte Genosse Scheidemann noch einmal die prinzipiellen Gründe, die unsere Partei zu einer unbedingten Ablehnung der gesteigerten Rüstungen zwingt. Er stellte an die Spitze seiner Darlegungen das wiederholte Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie zu den antimilitaristischen Grundsätzen der Internationale, und er nahm für unsere Partei in Anspruch, diesen Kampf mit aller Entschiedenheit geführt zu haben. Das Bluturteil von Erfurt — das in dieser letzten Debatte noch eine große Rolle spielen sollte — gab ihm noch entscheidenden Anlaß, unseren tiefen Haß gegen das ganze System auszusprechen. Aber wir sind ja in Wirklichkeit nicht die einzigen Gegner dieser Militärvorlage, und Scheidemann durfte mit vollem Recht auf die großen Wandlungen hinweisen, die sich in den bürgerlichen Parteien, namentlich im Zentrum, in dem Urteil über diese Vorlage vollzogen haben. „Wir können nicht so schnell umlernen wie Sie,“ erklärte er mit aller Schärfe, und er brachte erneutes Material gerade gegen diese Vorlage herbei. Daß sie nur den internationelen Rüstungsstreit steigert, daß sie nicht die geringsten Reformen bringt und daß die wesentlichen Volksinteressen durch sie verletzt werden. Aber auch das konnte unser Redner sagen: wenn wir bei der Militärvorlage unterlegen sind, in der Deckungsfrage haben wir gesiegt. Es war eine überlegene und schlagende Beweisführung, als er an die Finanzreform von 1909 erinnerte, die den Hurrawahlen von 1907 folgten und auf diese neuen Steuern hinwies, die das Ergebnis der letztjährigen Reichstagswahlen sind. Mit einer neuen Kriegserklärung gegen den Militarismus und mit einem freudigen Bekenntnis zum Sozialismus schloß unser Redner unter stürmischem Beifall der ganzen Fraktion.

Der Reichsparteiler Herr Schultz hatte aus den Mahnungen der ihm nahestehenden Presse gelernt, und er benützte noch diese letzte Stunde, um einige Worte der Verwahrung gegen die sozialdemokratische Kritik an den Einrichtungen der Armee zu sagen.

Dann erhob sich Herr v. Bethmann-Hollweg. Mit stark betonter Entrüstung, die zu der einfachen Wirklichkeit schlecht paßt, lehnte er den Vorwurf ab, daß Deutschland der agent provocateur im internationalen Wettrüsten sei. Stärke, sagte er, sei der beste Schutz vor Angriff, und ging von dieser nicht eben neuen Redensart aus, um gegen den sozialdemokratischen Antimilitarismus zu polemisieren. Dabei beging er allerdings die unverzeihliche Unvorsichtigkeit, daß er den Ernst unserer Verbesserungsbestrebungen bestritt. Eine geradezu unglaubliche Behauptung in dem Augenblick, wo die bürgerliche Mehrheit unsere zahlreichen Verbesserungsanträge abgelehnt hat! Darauf gerade wies ihn in seiner schlagenden Erwiderung Genosse Scheidemann hin, der auch empörten Einspruch einlegte gegen die Unterstellung, daß wir nicht ernsthaft die gegenwärtig herrschenden Mißstände verbessern wollten.

Gerade dieser Tag aber sollte noch den deutlichsten Beweis erbringen für den unerschütterlichen Willen der Sozialdemokratie, ihren Kampf gegen den Militarismus durch Beseitigung seiner Exzesse zu führen. Genosse Scheidemann hatte von dem Erfurter Kriegsgerichtsurteil gesprochen. Genosse Schulz, der Abgeordnete von Erfurt, brachte dann einen eingehenden Bericht über die Verhandlung, aus dem die unerhörte, durch die drakonischen Bestimmungen des Militärstrafrechts verschuldete Grausamkeit des Urteils vollends hervorging, und er begründete einen gerade aus diesem Anlaß von unserer Fraktion neugestellten Antrag, durch eine Bestimmung des vorliegenden Gesetzes, wenigstens die gröbsten Ausschreitungen des Militärstrafgesetzes aus der Welt zu schaffen. Der Kriegsminister antwortete mit der üblichen, aber in diesem Fall wirklich ganz und gar ungehörigen Ausrede, daß das Urteil ja noch nicht rechtskräftig sei. Als ob das Militärstrafgesetzbuch nicht gerade deshalb unbedingt der sofortigen Abänderung bedürfte, weil auf seiner Grundlage derart unmenschliche Urteile überhaupt möglich sind. Herr Dr. Müller-Meiningen wagte zwar nicht, so unmittelbar für den sozialdemokratischen Antrag einzutreten, aber er drohte trotz aller formalen Bedenken mit seinem Ja bei dieser Abstimmung, wenn der Kriegsminister nicht eine solche Reform bündig ankündigen könnte. Davor hütete sich selbstverständlich Herr v. Heeringen, und gab so dem Genossen Dr. Frank das beste Material für den nochmaligen Beweis, daß der Antrag unserer Fraktion unbedingt angenommen werden müsse. Er zeigte, daß es sich garnicht um einen Einzelfall handelt und daß hier ohne Zögern und ohne Aufschub Abhilfe geschaffen werden müsse, wolle sich nicht der Reichstag selbst eine gefährliche moralische Mitschuld aufladen. Erwägungen und Prüfungen der Regierung haben uns 20 Jahre lang nichts gebracht. Hier muß die Verbesserung Wirklichkeit werden, die wir Sozialdemokraten verlangen.

Diese Ausführungen und der ganze Fall hatten auf das Haus sichtlich einen tiefen Eindruck gemacht, und so beantragte auch Herr Gröber, daß Abgeordnete aus allen Parteien den Antrag endgültig formulieren, damit er am Montag der Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Seine Annahme, die sicher erscheint, stellt einen starken Erfolg unserer Fraktion dar.

Die Abstimmungen über diesen Antrag, über den Antrag der Nationalliberalen auf Wiederherstellung der drei gestrichenen Kavallerieregimenter und über die gesamte Militärvorlage finden am Montag statt; ebenso werden die Deckungsvorlagen endgültig erledigt, abgesehen vom Reichsstempelgesetz, das heute verabschiedet werden muß.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Rücktritt des Kriegsministers.

Die „Militärpol. Korresp.“ weiß wieder einmal von der Absicht des Kriegsministers zu berichten, sobald die Heeresvorlage verabschiedet sei, zurückzutreten. Angeblich wünsche er die Stellung eines Armee-Inspekteurs der neu zu schaffenden 8. Armee-Inspektion. Als sein Nachfolger wird der Inspekteur der Feldartillerie, General v. Gallwitz genannt, der früher schon dem Kriegsministerium angehörte. — Auch die „Post“, die dem Kriegsminister nicht grün ist, weil er nicht immer auf ihre phantastischen Pläne einging, wagt nicht, zu dieser Meldung zu stehen. Sie erklärt, es lediglich referierend wiedergeben zu wollen.

Es dürfte sich auch jetzt wieder in der Hauptsache um Stimmungsmache drehen, die von den Gegnern des Kriegsministers ausgeht.

Die organisierte preußische Reaktion.

In einem langen Leitartikel der „Kreuzztg.“ entwickelt Wolfgang Eisenhart das Programm des am 14. Juni d. J. in Berlin gegründeten „Preußenbundes“. Am Schluß des Artikels heißt es u. a.:

„Wenn wir auch nicht eintreten wollen für eine Aenderung der deutschen Verfassung, an die niemand heute denkt, so muß doch alles daran gesetzt werden, eine weitere Demokratisierung unseres Vaterlandes zu verhindern. Und vor allem muß heute im Mittelpunkte einer verständigen nationalen Politik das große Ziel stehen, Preußen in seiner geschichtlich entwickelten und herausgearbeiteten Eigenart zu erhalten. . . .

Der Preußenbund will auch ein Protest sein gegen die unberufenen liberalen Stimmen aus Süddeutschland, welche uns Preußen mit dem Dünkel, wie er kleinstaatlichen liberalen Politikern gewöhnlich seit Rottecks

lagen eigen zu sein pflegt, darüber belehren wollen, elche Verfassung sich für unser preußisches Vaterland ach den Lehren der liberalen Schablone eigne. Allen iesen pfuschenden Dilettanten will er ein energisches: Hand ab von Preußen!" zurufen. Was unserer Zeit ringend dottut, das ist eine energische Reaktion gegen e verflachenden Lehren des epigonischen demokratisierten iberalismus. Eine Reaktion — ich scheue mich nicht, iesen verlästerten Namen anzuwenden —, welche gegen- ber dem Hange unserer Zeit zu einem demokratischen ivellieren wieder zurückgreift auf die Gebote einer rganischen Staatskunst, welche die Kräfte und die Rechte n Staate richtig zu verteilen weiß. Je weniger von ahr zu Jahr der demokratische Reichstag den Hoffnun- en entspricht, die man einst bei Gründung des Deutschen eiches auf ihn und seine einigende Kraft für unser aterland setzte, umsomehr richten sich die Blicke der atrioten auf Preußen. Und es muß geradezu als Fri- olität bezeichnet werden, wenn der radikale Liberalis- us fortgesetzt an Preußens Zuständen rüttelt, aber genüber den begehrlichen Massen nicht den moralischen ut hat, auf die noch größeren Gebrechen der deutschen eichsverfassung hinzuweisen. So stellt sich der Preußen- nd als eine Schöpfung dar, die in einer hochkritischen eit einer machtlüsternen und erfolgberauschten Demo- atie das entschlossene Wort des preußischen und deut- en Patrioten entgegenrufen will: „Bis hierher und cht weiter!""

Das Haupt der Reaktion erhebt sich, wie man sieht, hn. Demgegenüber müssen sich alle freiheitlich gesinn- n Elemente wie ein Mann erheben.

Um die Pflicht des deutschen Kronprinzen

ehte sich ein Streit zwischen dem Redakteur Dr. Gran- ff von den „Leipziger Neuesten Nachrichten" und dem erstleutnant a. D. v. Wartenberg in Dresden. eser hatte seinerzeit im „Türmer" einen Artikel ge- rieben, in dem er darüber klagte, daß der Kron- inz zuviel Sport treibe und seine militäri- e Ausbildung versäume. Darob waren die eipziger Neuesten Nachrichten" erbost, weil ihr Ber- er Mitarbeiter, Liman, mit dem Kronprinzen Ver- r unterhält. Dr. Grantoff suchte den Offizier dadurch uschießen, daß er ihn einen „ehemaligen Offizier" nnte, der keine Uniform mehr tragen dürfe. Jetzt rieb v. Wartenberg eine Broschüre unter dem Titel: s zu oft verwaiste Regiment. In dieser Broschüre nnte er die „Leipziger Neuesten Nachrichten" ein lerniedrigstes Parteiblatt und die Re- teure bezeichnete er als Ehrabschneider.

Wegen dieser sachlichen Beurteilung verklagte Dr. antoff den Offizier und dieser erhob Widerklage. Das öffengericht in Leipzig erklärte, daß v. Wartenberg rechtigt gewesen sei, Dr. Grantoff einen rabschneider zu nennen. Aber wegen anderer sdrücke wurde er mit 50 Mk. Strafe belegt. Dr. antoff dagegen erhielt 250 Mk. aufgebrannt.

Vor dem Landgericht trat aber Oberstleutnant Wartenberg einen ungeordneten Rückzug an. Welche ssüsse auf ihn eingewirkt haben, weiß man nicht. Er m die Beleidigungen mit Bedauern zurück und ver- chtete sich sogar, bei seinem Verleger auf die Ver- chtung der Broschüre hinzuwirken. Auch Dr. antoff nahm seine Klage zurück. Der honette Verleger r hatte inzwischen den Rest der Broschüre dem Dr. antoff zum — Kauf angeboten. Ein gar anmutiges d aus dem patriotischen Milieu!

Erlaß des Reichskanzlers zur Kranken-Versicherung.

§ 370 der Reichsversicherungsordnung lautet im en Wortlaut: „Wird bei einer Krankenkasse die ärztliche orgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse en Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer reichenden Zahl von Aerzten schließen kann, oder daß Aerzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das versicherungsamt (Beschlußkammer) die Kasse auf n Antrag widerruflich, statt der Krankenpflege oder erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare tung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbeitrages s gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren."

Hierzu veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine ung" folgenden Erlaß des Reichskanzlers:

„Soweit die Krankenkassen ohne eigenes Verschul- außerstande sein werden, rechtzeitig mit Wirkung 1. Januar 1914 ab Verträge zu angemessenen Be- ungen mit einer ausreichenden Zahl von Aerzten schließen, müssen sie allerdings in der Lage sein, sofort jenem Zeitpunkt das für diesen bedauerlichen Fall Gesetze vorgesehene Aushilfsmittel der Zubilligung s erhöhten Krankengeldes anzuwenden. Eine Lücke, er die Verfassungen weder die ordnungsmäßigen, noch außergewöhnlichen Leistungen ihrer Kasse zu erhal- vermögen, darf keinesfalls eintreten. Ich halte es er für geboten, daß gegebenenfalls schon vor dem nnar 1914 alle die im § 370 der Reichsversicherungs- ung vorgesehenen Vorkehrungen getroffen sein müs- welche die alsbaldige Anwendung seines materiellen alts, d. h. der Gewährung der Ersatzleistung anstelle unmittelbaren ärztlichen Fürsorge, schon mit jenem e ermöglichen. Hierzu bedarf es indessen nicht des neuen Erlasses einer Kaiserlichen Verordnung wegen tsetzung jenes § 370, vielmehr reichen dafür die be- enden Vorschriften, insbesondere der Artikel 1 des führungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung, kommen aus. Die Vorschriften dieses Einführungs- ges haben das Ziel im Auge, daß in dem Augen- , mit dem die Reichsversicherungsordnung voll in n tritt, bereits ausnahmslos alle diejenigen Ein- ungen geschaffen und diejenigen Maßnahmen ge- fen worden sind, ohne welche das Gesetz nicht funktio- en kann. Hierin gehört es, daß schon vor dem nnar 1914 Organe vorhanden sein müssen, die für Kasse die nötigen Verträge mit Aerzten zu ange- enen Bedingungen nicht rechtzeitig abschließen kön- , und so infolgedessen die ärztliche Versorgung der ennmitglieder für den 1. Januar 1913 gefährdet ist, zeitig vor dem bezeichneten Tage die erforderlichen itte tun, um wenigstens die in § 370 der Reichsver- rungsordnung zugelassene Ersatzleistung gewähren zu en, und daß die dabei beteiligten Behörden eben- s rechtzeitig ihre erforderlichen Entscheidungen treffen. Sowohl die prinzipale Vertragsschließung mit den Aerzten, als auch die subsidiäre Erwirkung der Genehmigung des Oberversicherungsamts gemäß § 370 der Reichsversicherungsordnung sind Maßnahmen zur Durchführung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung im Sinne des Artikels 1 ihres Einführungsgesetzes. Da es mir wichtig erscheint, daß über den besprochenen Punkt keine Unklarheit bestehe, habe ich alle Bundesregierungen von meiner vorstehend dargelegten Auffassung in Kenntnis gesetzt und bei ihnen eine entsprechende Belehrung der beteiligten Stellen angeregt."

Die Abstimmung über das Kindeserbe.

Ein Antrag des Grafen Westarp wollte, daß die im Vermögenszuwachssteuergesetz enthaltene Bestimmung gestrichen werde, wonach auch das Erbe eines Kindes als der Steuer unterliegender Vermögenszuwachs zu betrachten ist. Im Grunde handelt es sich also bei dieser Bestimmung um eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer. Für diese Ausdehnung stimmten: Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberale, Freikonservative und Antisemiten, ferner die Abgeordneten von Flemming (K.) und Hansen (Däne). Dagegen stimmten: Zentrum, Konservative und Polen, Elsässer, Welfen und die bayerischen Bauernbündler. Der Stimme enthielten sich die Abgeordneten: Becker-Arnsberg (Z.), Fehrenbach (Z.), Giesberts (Z.), Dr. Pfleger (Z.), Ponschab (Z.), Schiffer (Z.) Schirmer (Z.), Schwarz-Schweinfurt (Z.), Warmuth (Freik.) und Dr. Werner-Gießen (A.) Von den „Wilden" stimmten: Becker-Hessen für, Graf Posadowsky, Freiherr v. Heyl und Graf Oppersdorff gegen die Besteuerung.

Die Steuerpflicht der Fürsten.

Mit der ziemlich starken Mehrheit von 207 gegen 150 Stimmen hat der Reichstag beschlossen, die Steuerpflicht der Fürsten bei den Deckungssteuern gesetzlich festzulegen. Die Regierung hat zwar von vornherein erklärt, daß eine solche Bestimmung für sie unannehmbar sei, aber die Reichstagsmehrheit, bestehend aus der gesamten Linken und einem Teil des Zentrums, hat sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Die Regierung hat so oft „Unannehmbar" gegenüber verschiedenen Wünschen des Reichstages gesagt und hat sich ihnen dann doch gefügt, daß ein solches Unannehmbar nicht weiter hoch anzuschlagen ist. Auch die Stimmungsmache, die in der Presse getrieben wird, ändert hoffentlich an dem Votum des Reichstags nichts.

In der „Post" versucht der bekannte Frhr. v. Zedlitz die Regierung aufzuputschen, einem Gesetz mit solcher Belastung die Zustimmung zu versagen. Und in der „Germania" spricht einer vom rechten Flügel des Zentrums, der es mit der Regierung nicht verderben will, von einem „Versehen", das einem Teil des Zentrums mit der Zustimmung zu dem Antrage passiert sei. Ausgeschlossen wäre es freilich nicht, daß das Zentrum bei seinem Kuhhandel mit der Regierung sich verpflichtet hat, die gesetzliche Festlegung der Steuerpflicht der Fürsten preiszugeben. Dann hätte die „Germania" recht, dann wäre das ein „Versehen" derjenigen im Zentrum, die an so plötzliche, rasche Umfälle sich trotz aller Übung nicht gewöhnt hatten. Würde dementsprechend das Zentrum am Montag anders stimmen, sein „Versehen" gutmachen, dann wäre freilich mit anderen Komplikationen zu rechnen.

Der „Lokalanzeiger" schreibt nach dieser Richtung ziemlich besorgt:

„Das Reichsvermögenszuwachssteuergesetz gilt noch keineswegs als gesichert. Hier ist der strittige Punkt die Steuerfreiheit der Fürsten. Nach allem, was man am Sonnabend im Reichstage hörte, kann man annehmen, daß der sozialdemokratische Antrag, der eine Steuerpflicht der Fürsten festlegen wollte, wieder beseitigt wird; das Zentrum hat sich eines Besseren besonnen, zumal die Gefahr besteht, daß die Regierung hier ein Unannehmbar aussprechen würde. Aber nun verlautet, daß die Sozialdemokraten beschlossen haben sollen, bei Ablehnung ihres Antrages gegen das Gesetz stimmen zu wollen. Mit ihnen dürften wieder die Konservativen, wahrscheinlich auch die Polen, Welfen und einige vom Zentrum zusammengehen. Geschieht dies, dann ist das Schicksal des neuen Besitzsteuergesetzes besiegelt."

Weniger bedeutsam für das Schicksal des Vermögenszuwachssteuergesetzes ist die Meldung, die eben aus Dresden kommt, wonach der sächsische König sich „mehrfach" in sehr energischer Weise gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer ausgesprochen und damit nachdrücklich den Standpunkt unterstrichen haben soll, den Sachsen in seiner bundesstaatlichen Finanzpolitik von jeher eingenommen hat.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags

hat weiteren Bericht erstattet über die Wahlprüfung des Abg. Kopisch (Spt.) in Liegnitz 5 (Löwenberg). Es war im Protest behauptet worden, daß 15 Wähler zu Unrecht gewählt hätten, und daß ein Bahnhofsvorsteher seine 69 Beamten beeinflußt habe. Kopisch war mit 105 Stimmen Mehrheit gewählt. Selbst wenn man ihm die obigen 84 Stimmen abzöge, bliebe noch eine Mehrheit von 21 Stimmen. Die Kommission erklärte deshalb die Wahl für gültig. — Die Wahlprüfungen (es sind 11) sollen bestimmt noch am heutigen Montag im Reichstage erledigt werden.

Über die gesetzgeberische Arbeit des Reichstages

wird berichtet:

Der Reichstag hat von Ende November bis Ende Juni getagt. In dieser Zeit, getrennt durch die Osterferien, hat er hauptsächlich zwei Aufgaben gelöst. Vor Ostern beriet er die Hauptteile des neuen Etats, der allerdings mit einer Verzögerung von vier Wochen nach dem verfassungsmäßigen Termin verabschiedet werden konnte. Die Arbeit der Zeit von Himmelfahrt bis Ende Juni war der Wehrvorlage und den Deckungsgesetzen gewidmet. In acht Wochen sind die Vorlagen verabschiedet worden.

Erledigt sind außer dem Etat, der Wehrvorlage, den Entwürfen über den Wehrbeitrag, über das Reichsstempelgesetz und dem Entwurfe über die Änderungen im Finanzwesen (Besitzsteuergesetze), das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, die Schutzgebietsnovelle über die Rechtsfähigkeit kolonialer Vereine, der Entwurf über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen, die Änderung des Wahlreglements (Wahlurnen einheitlicher Art), der Entwurf über die Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr, die Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums, das Abkommen über ein einheitliches Weltwechselrecht, ein Entwurf über die Änderung von Reichstagswahlkreisen, Nachtragsetats, der Entwurf über den Unterstützungswohnsitz in Bayern und einige andere kleine Gesetze.

Unerledigt geblieben sind: das Postscheckgesetz, das Petroleummonopolgesetz, der Entwurf über die Jugendgerichte, das Konkurrenzklauselgesetz (alle sind von Kommissionen vorberaten), ferner das neu vorgelegte Spionagegesetz (noch garnicht beraten) und drei kleine Gesetze, schließlich das Literaturabkommen mit Rußland.

Abgelehnt wurde von der Kommission das Kindersaugflaschengesetz.

Außer den Entwürfen wurden noch einige Interpellationen (Fleischteuerung, Wagenmangel in Westfalen, reichsländische Diktaturgesetze), wenige Initiativanträge und etwa 100—120 Petitionsberichte beraten. An Wahlprüfungsberichten bleiben 10 unerledigt. Schließlich wurden 79 kleine Anfragen gestellt und beantwortet.

Konferenz über eine Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Der Reichstag vertagte am Sonnabend die Weiterberatung und Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, eine sofortige Reform des Militärstrafgesetzbuches vorzunehmen, auf Montag, wobei kein Zweifel blieb, daß der Antrag eine große Mehrheit erlangen werde, falls die Regierung nicht bestimmte Zusicherungen gibt.

Die Regierung hat nun aus diesem Beschluß die nötigen Folgerungen gezogen und sofort nach Schluß der Sonnabendsitzung eine Konferenz einberufen, über die berichtet wird:

„An der Konferenz nahmen Vertreter des Kriegsministeriums und des Reichskanzlers, ferner folgende Abgeordnete teil: Dr. Müller-Meiningen und Waldstein von der Fortschrittlichen Volkspartei, van Calker und Prinz Schönaich-Carolath von den Nationalliberalen, Graf Westarp und Dietrich von den Konservativen, Gröber vom Zentrum, Schultz von der Reichspartei und Dr. Frank von der Sozialdemokratie. Zu einer Einigung kam man nicht, zumal die Regierungsvertreter nicht in der Lage waren, bestimmte Zusicherungen zu geben. Es ist jedoch in Aussicht genommen, am Montag noch vor Beginn der Sitzung nochmals Versuche zu unternehmen, eine Einigung zu erzielen. Die Besprechung unter den Vertretern der Parteien bezog sich nicht nur auf die Festlegung mildernder Umstände, sondern auch auf die Einfügung eines Mindestmaßes der festzusetzenden Strafen im Falle Zubilligung mildernder Umstände. Die Sozialdemokraten stellten die radikalsten Forderungen, während die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen weniger weit gehen wollten. Die Parteien der Rechten verhielten sich völlig ablehnend.

Die Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter.

Die Verträge, die mit ausländischen Arbeitern abgeschlossen werden, gleichen sich meist darin, daß alle Rechte auf seiten der Unternehmer, dagegen alle Pflichten auf seiten der Arbeiter sind. Ein Musterbeispiel dafür, wie man ausländische Arbeiter entrechtet, bietet ein Arbeitsvertrag, den eine bei Görlitz belegene Dampfziegelei abgeschlossen hat. Dort werden in großer Zahl Russen, Polen und Galizier beschäftigt. Diese Arbeiter müssen sich verpflichten, vom Arbeitstage an (meist im Frühjahr) bis zum 15. Dezember 1913 in Arbeit zu bleiben. Ob bestimmte Arbeiten im Akkord- oder Stundenlohn zu leisten sind, bestimmt die Firma. Genaue Vereinbarungen über die Höhe der Löhne fehlen, es wird nur erklärt, daß die ortsüblichen Lohnsätze maßgebend sind. Um so bestimmter werden aber die Abzüge festgestellt, die die Firma vom Lohn machen darf. Zunächst die Versicherungsbeiträge, dann das Reise- und Zehrgeld von dem Wohnort bis nach Görlitz, die Gebühr für die Legitimationskarte und endlich 3 Mk. für jeden katholischen Feiertag, außer den drei freigegebenen, an denen die Arbeiter nicht zur Arbeit erscheinen. Hacke, Spaten oder Schaufel, die der Arbeiter zur Arbeit benötigt, kann er bei der Firma zum Selbstkostenpreis erwerben. Neben dem Lohn wird freie Wohnung im Arbeiterhause — nach Geschlechtern getrennt — gewährt und außerdem liefert die Firma auch einen Strohsack, dagegen keine Schlafdecken, die wiederum von der Firma zum Selbstkostenpreis erworben werden müssen. Als Sicherheit für die gewissenhafte Erfüllung des Vertrages muß sich der Arbeiter an jedem Lohntage 5 Mk. von seinem Lohn abziehen lassen, bis die Summe von 30 Mk. erreicht ist, die erst bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses, am Schlusse der vereinbarten Zeit, zur Auszahlung gelangt. Scheidet ein Arbeiter vorher aus, so verliert er nicht nur die Kaution, sondern auch den noch rückständigen Lohn. Diese Bestimmung ist natürlich vollkommen ungesetzlich; allein die vielfach des Schreibens und Lesens unkundigen Galizier, Russen und Polen sind eben nicht in der Lage, den ihnen vorgelegten Vertrag auf seine Gesetzmäßigkeit prüfen zu können.

Österreich-Ungarn.

Ungarische Wahlpraktiken. In dem Kampf, der zwischen Regierung und Opposition in Ungarn geführt wird, ist der Schauplatz auf kurze Zeit von Budapest nach Arad verlegt worden. Diese Stadt hat die zweifelhafte Ehre, Stephan Tisza als Abgeordneten in das Parlament geschickt zu haben, und da Tisza Ministerpräsident geworden ist, muß er sich jetzt einer Nachwahl unterziehen. Die Wahl findet am Sonnabend statt und ihr Ergebnis wird wahrscheinlich die Wiederwahl Tiszas sein. Trotzdem ist es nicht uninteressant, der breiteren Oeffentlichkeit einen offiziösen ungarischen Wahlakt zu schildern. Es ist in Ungarn Brauch und Sitte, daß im Wahlkampf der Geist der Schnapsflasche dem Geist des Kandidaten zu Hilfe kommt, daß die Macht der Argumente unterstützt wird von der Macht der geballten Faust. Bei einer Wahl aber, in der der Ministerpräsident in Frage steht, da geht es noch anders zu. Die Stadt Arad

ist vollgepfropft mit Militär und Gendarmerie. Die Abgeordneten der Regierungspartei gehen von Haus zu Haus und suchen die Wähler durch Ueberreden, Versprechungen und, wo diese nichts nützen, durch Drohungen für Tisza zu gewinnen. Nur zu oft lassen sie bei dieser Agitation als Lockmittel einige Hundertkronenscheine bei den Wählern zurück. Ist ein Wähler auf diese Weise für Tisza gewonnen, so wird ihm ein Gendarm als Ehrenposten vor die Wohnung postiert, der den Befehl erhält, den Wähler derart zu beschützen, daß er mit niemanden mehr verkehren kann, der ihn etwa in seiner „Ueberzeugung" wankend machen könnte. Trotzdem nun in der keine 60 000 Einwohner zählenden Stadt Arad etwa 7400 Polizisten und Militärpersonen solchergestalt beschäftigt werden, wagt der Kandidat Tisza nicht, in Arad aufzutreten. Der Polizeichef hat die Regierung verständigt, daß er für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei einem Auftreten Tiszas keine Garantie übernehmen könne. So arbeiten die 64 Abgeordneten der Regierungspartei ohne den Kandidaten mit allen Mitteln für seine Wahl. In den fünf Wahlbezirken der Stadt sind von der Regierungspartei „Parteilokale" eröffnet worden, d. h. es sind Gasthäuser gemietet worden, in denen die Wähler der Regierungspartei Tag und Nacht auf Kosten der Regierungsclique saufen. Statt der Reden der Agitatoren hören diese Wähler nur das Anzapfen der Bierfässer, das Füllen der Weinkrüge und der Schnapsflaschen, und statt der Flugschriften werden Kupons verteilt, die auf Portionen Gulasch, warme Würste, ein Liter Wein, ein Liter Bier oder ein Viertel Liter Schnaps lauten. In letzter Zeit haben die Frauen dieser Wähler gegen das gewaltsame Zurückhalten ihrer Männer demonstriert. Der Stadthauptmann hat daraufhin die Verordnung erlassen, daß die Parteilokale nur von Wählern betreten werden dürfen. Auch das Beamtenheer ist bereits „gewonnen". Wer bis zum 24. Juni sich nicht verpflichtete, für Tisza zu stimmen, wurde gemaßregelt. Der Leiter des Postamts, der seine Untergebenen nicht für Tisza kommandieren wollte, ist nach einem kleinen Orte in Oberungarn versetzt worden. Eisenbahnbeamte, Bankbeamte, Angestellte des Salzgefälles und anderer Aemter werden täglich nach den entferntesten Gegenden des Landes verschickt und müssen „im Interesse des Dienstes" sofort die Stadt verlassen. Diesem Treiben gegenüber hat die Opposition natürlich keinen leichten Stand. Sie hat trotzdem in der Person des früheren Obergespanns Graf Szechenyi einen Kandidaten aufgestellt, der auch von den Arbeitern unterstützt wird. Für die Arbeiter handelt es sich lediglich darum, den Regierungskandidaten zu Falle zu bringen. Die Polizei sucht die Opposition dadurch lahmzulegen, daß sie die Wählerversammlungen verbietet oder der Zeit nach beschränkt. Einem sozialdemokratischen Agitator hat sie aufgegeben, die Agitation einzustellen, andernfalls würde seine Ausweisung erfolgen. Tisza hat, um ganz sicher zu sein, auch die Rumänen, die in ziemlicher Anzahl in Arad vorhanden sind, für seine Wahl gekauft und diese 800 rumänischen Stimmen dürften vermutlich für die magyarischen Junker den Ausschlag geben. Im ganzen kommen 4000 Wähler in Frage, deren Abstimmung sicher bis in die späte Nacht hinein dauern wird.

Die Wiederwahl Tiszas. Am Sonnabend wurde im Kreise Arad der ungarische Ministerpräsident Tisza gegen den oppositionellen Kandidaten Szecheny wieder„gewählt". Tisza erhielt 2470, sein Gegner 1563 Stimmen. — Um den Sieg ist Tisza nicht zu beneiden.

Balkan.

Zur Lage. Zur Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit der strittigen Orte schlägt Bulgarien der russischen Regierung ein von Serbien, Bulgarien und Rußland allgemein zu organisierendes Plebiszit vor. Jedoch sollen vorher die Serben und Bulgaren gemeinsam die betreffenden Orte besetzen.

Aus Uesküb wird gemeldet: 12000 montenegrinische Soldaten sind hier eingetroffen.

Freitag fand ein neuer Zusammenstoß zwischen Serben und Bulgaren bei Slatowo statt. Es kam zu einem kurzen Gefecht, das etwa eine Viertelstunde dauerte. Nach den serbischen Berichten wurden die Bulgaren geschlagen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 30. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Ein Stückchen Zukunftsstaat. Unter dieser Stichmarke bringt das amtliche Organ der Lübecker Behörden in seiner Nr. 318 vom letzten Freitag einen Artikel aus dem gelben Hamburger Hafenarbeiterorgan zum Abdruck, der von haarsträubenden Beschuldigungen gegen einen Beamten des Transportarbeiterverbandes, von Unwahrheiten, Verdrehungen und Beleidigungen wimmelt. Wir geben daraus folgendes wieder:

In den Geschäftsräumen des sozialdemokratischen „Transportarbeiterverbandes" zu Hamburg III erschien am 29. Mai 1913 die Frau eines Mitgliedes beim Kassenverwalter M., um für ihren erkrankten Mann Unterstützung zu erheben, nachdem sie schon am 25. Mai abgewiesen worden war. Das erkrankte Mitglied hatte, da alle Beitragsmarken im Mitgliedsbuche geklebt waren, darüber hinaus noch Maifeiermarken und Gewerkschaftshausmarken, einen wohlbegründeten Anspruch auf Auszahlung von Krankenunterstützung. Sowohl am 25. als auch am 29. Mai wurde die Frau abgewiesen mit der Begründung, ihr Mann habe Streikarbeit beim Lloyd verrichtet und habe infolgedessen seine Ansprüche verloren, da ein Verstoß gegen die Satzungen vorliege. Wie diese Streikarbeit in Wirklichkeit aussieht, läßt sich im Augenblick nicht entscheiden. Hauptsache bleibt, **daß der wohlerzogene sozialdemokratische Beamte die Frau mit Schimpfworten wie Streikbrecher, gemeine Bande usw. belegte, und daß er weiter, als die arglose Frau ihm seinen Irrtum über den Streikbruch nachweisen wollte, sie in unmenschlicher Weise mißhandelte.** In des Wortes wahrster Bedeutung flog die Frau, nachdem sie einige derbe Faustschläge erhalten hatte, zur Tür hinaus auf die Treppe, wo sie ohnmächtig liegen blieb und andere, fremde Leute sich ihrer annehmen mußten. Der rohe Genosse machte seinem Zorn weiter Luft und drohte, auch dem Mann einige handfeste Jünger der Partei aufs Fell zu schicken, um ihm Partei- und Gewerkschaftsdisziplin einzubläuen. Die Art und Weise der Herren Obergenossen kennt man ja, so daß selbst die geschilderte Handlungsweise nicht mehr auffällt. Bedauerlich im höchsten Grade bleibt es aber, daß trotzdem Tausende von Arbeitern so „arbeiterfreundlichen" Organisationen angehören, daß sie jahrelang ihre Groschen opfern, um im Falle der Not schnöde abgewiesen zu werden."

Es ist doch wirklich rührend, wie sich das Amtsblatt der „arglosen" Frau annimmt, die angeblich in so „unmenschlicher Weise" gemißhandelt wurde. Die Geschichte hat aber einen kleinen Haken: die „Lübeckischen Anzeigen" haben die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Allerdings, diese Übung des Organs für Volksentrechtung kennt man ja; sie fällt nicht mehr auf. Ebenso wenig die von blindem Haß gegen die aufgeklärten Arbeiter zeugenden, ohne jeden Beweis erhobenen Verdächtigungen, als ob deren Führer Banditen wären, deren Spezialität das Prügeln argloser Frauen sei. Der Schwindel, daß Tausende für ihre Organisation jahrelang ihre Groschen opfern müssen, um im Falle der Not schnöde abgewiesen zu werden, ist so blöde, daß er gerade fürs Amtsblatt paßt, dem immer das Dümmste recht ist, wenn es sich nur gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie richtet. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch einsichtige Leute aus dem Bürgertum erkennen die gewaltigen Leistungen der Gewerkschaften für ihre Mitglieder an, die den Scharfmachern aller Schattierungen ein Dorn im Auge sind. Wir fordern das Amtsblatt auf, mit Beweisen für seine Behauptungen herauszutreten, wenn es nicht als gewissenloser Verleumder gebrandmarkt werden will. Was nun aber den speziellen Hamburger Fall anlangt, so ist es Tatsache, daß die Frau, Netz ist ihr Name, mit ihrem Anspruch auf Unterstützung vorläufig abgewiesen worden ist, weil gegen ihren Mann ein Ausschlußverfahren wegen Verrichtung von Streikarbeit schwebte und weil nur wöchentliche Unterstützung ausgezahlt wird. Es wurde aber betont, daß die Unterstützung nachträglich auf Heller und Pfennig ausgezahlt werde, wenn sich herausstellen sollte, daß der Mann keine Streikarbeit verrichtet habe. Am 29. Mai kam die Frau wiederum ins Bureau des Transportarbeiterverbandes, obwohl ihr Mann geladen war, und erhob dort Geschrei, als man ihr deswegen Vorhaltungen machte. Sie beschimpfte den Beamten M. als Schwein, Hungerleider, der von den Groschen der Arbeiter lebt, wiederholte die bekannte Einladung aus „Götz von Berlichingen" usw., was zur Folge hatte, daß die Frau aufgefordert wurde, das Lokal zu verlassen. Das tat sie jedoch nicht, sondern schimpfte weiter. Als die Frau dann von dem Beamten aus der Tür gedrängt wurde, versetzte sie letzterem einen Schlag ins Gesicht und bei der Abwehr eines zweiten Schlages traf der Beamte die Frau mit der Hand an den Mund. Schließlich mußte ein Schutzmann geholt werden, der die Frau entfernte. So sieht das Verhalten des Schützlings der „Lübeckischen Anzeigen", der „arglosen Frau" aus. Eine gewisse Seelenharmonie wird zwischen dem Amtsblatt und der Frau Netz danach wohl vorhanden sein. Übrigens wird die Sache noch die Gerichte beschäftigen, da der Beamte des Transportarbeiterverbandes Klage gegen den Redakteur des gelben „Hafenarbeiter" und die Frau N. erhoben hat. Vielleicht erhalten auch die „Lübeckischen Anzeigen" noch Gelegenheit, vor Gericht den Beweis für ihre Verdächtigungen anzutreten. Das würde ein sauer Stück Arbeit werden.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Der Verein für Volksversicherung sendet uns folgende Zuschrift:

Lübeck, den 28. Juni 1913.

An
die Redaktion des Lübecker Volksboten,
Hier.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung zu dem Artikel über „Die Gegner der „Volksfürsorge" an der Arbeit" in Nr. 147 Ihrer Zeitung: Wir stellen fest, daß der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts, vom Senat durch Verfügung vom 8. Januar 1913 im hiesigen Staatsgebiet zum Geschäftsbetrieb zugelassen worden ist. Die an die gegenteilige Behauptung geknüpften Zweifel an der Rechtsgültigkeit der durch Vermittelung des Vereins für Volksversicherung in Lübeck abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge sind daher unbegründet.

Der Verein
für Volksversicherung in Lübeck.
gez. Bielefeldt.

Es ist doch sonst üblich, daß eine derartige Zulassungserteilung vom Senat im Amtsblatt bekannt gegeben wird; wir haben davon bisher nichts gelesen. Daß der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in der Hauptsache den Interessen der Agrarier dient, wird in der vorstehenden Zuschrift nicht bestritten.

Vom Kauf. Zum Abschluß eines Kaufvertrages ist es erforderlich, daß man sich über die zu kaufende Ware (Kaufgegenstand) und über den Kaufpreis geeinigt hat. So lange dies nicht geschehen ist, ist ein Kauf nicht zustande gekommen. Das gilt besonders dann, wenn die Parteien erklären: „Ueber den Preis sprechen wir noch — darüber werden wir schon einig werden." Etwas anderes ist es, wenn man im täglichen Leben beim bekannten Händler irgend welche Waren entnimmt, deren Preis einem bekannt ist. Da wird ja auch nicht lange über den Preis verhandelt. Da erklärt man sich mit dem bekannten Preise einverstanden. Fordert dann der Kaufmann einen höheren Preis, weil die Ware teurer geworden ist, so wird man auch diesen zahlen müssen, falls er noch angemessen ist. Besser ist auch hier, die Frage nach dem Preis zu stellen. Der Verkäufer hat die verkaufte Sache dem Käufer zu übergeben. Die Uebergabe erfolgt an dem Ort, an welchem der Verkäufer seine Handelsniederlassung hat, oder in Ermangelung einer solchen, dort, wo er wohnt (Erfüllungsort). Manchmal, wenn der Käufer nicht am Platze ist, wünscht dieser, daß ihm die gekaufte Ware übersandt wird. Bevor der Kauf abgeschlossen wird, erkundige man sich, wer die Kosten des Versands zu tragen habe. Ist darüber nicht verhandelt, so muß sie der Käufer tragen. Zu den Kosten der Versendung gehört u. a. auch die Emballage, sowie Porto- und Frachtauslagen. Im Falle der Uebersendung erfolgt die Uebergabe mit der Ablieferung der Ware an den Spediteur bezw. an die Post oder Eisenbahn am Erfüllungsort. Die Ware ist in dem Zustande zu übergeben, in dem sie sich zurzeit des Kaufabschlusses befindet. Von der Uebergabe an gebühren dem Käufer die Nutzungen, wie denn auch mit der Uebergabe die Gefahr der Beschädigung und Verschlechterung auf den Käufer übergeht. Das Gesetz geht davon aus, daß die Zahlung des Kaufpreises, abgesehen von besonderen Abmachungen und mangels eines etwa zu berücksichtigenden, vom Käufer nachzuweisenden allgemeinen Gebrauches, in bar und zwar Zug um Zug gegen Empfang der Ware zu erfolgen hat. Stundungen und Ratenzahlungen kann der Käufer nicht verlangen, wenn solche ihm nicht bei Vertragsabschluß zugesagt worden sind. Bei Versendungskäufen gilt die Regel, daß der Käufer den Preis erst nach Empfang der — erst von ihm zu prüfenden — Waren zu bezahlen braucht; diese Regel greift aber nicht Platz, wenn die Ware abredegemäß (beispielsweise auf dem Lagerplatz des Verkäufers) zu prüfen war. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist der Käufer verpflichtet, den etwa schuldigen Kaufpreis mit 4 vom Hundert, und, wenn die Vertragsparteien Kaufleute sind, daß also ein beiderseitiges Handelsgeschäft vorliegt, nach dem Handelsgesetzbuch mit 5 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen. Was nun, wenn die Ware mangelhaft ist? Hat man ein Recht auf Umtausch? Ein solches Recht gibt es nicht, wenn man es sich nicht besonders vorbehalten hat. Tauscht der Verkäufer um, so ist dies eine Kulanz. Man hätte sich dann seinen Anordnungen betreffs der Zeit und etwaigen sonstigen Einzelheiten des Umtausches zu fügen, und ihm nicht noch für seine Gefälligkeit grobe Worte zu geben. Nachbesserung, wie beim Werkvertrag, kann der Käufer nicht verlangen. Allrdings hat man bei wirklicher, objektiv festgestellter Mangelhaftigkeit ebenfalls Rechte. Man kann Wandlung (d. h. Rückgängigmachung des Kaufes) oder Minderung des Kaufpreises verlangen. Diese Rechte müssen jedoch bald nach dem Kaufe ausgeübt werden, da sie einer sehr kurzen Verjährung unterliegen. Geht der Verkäufer auf diese Rechte nicht ein, so muß man sie im Prozeß geltend machen.

Ein schwerer Unfall hat sich heute vormittag zwischen 8 und 8½ Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe in der Nähe der Brücke Moislinger Allee ereignet. Dort wurden zwei Arbeiter, die mit Arbeiten am Bahnkörper beschäftigt waren, von einem Waggon überfahren und so erheblich verletzt, daß sie mittelst Sanitätswagens dem Krankenhause zugeführt werden mußten. Nähere Einzelheiten über den Unfall und seine Ursachen konnten wir bisher nicht erfahren.

Ihren Verletzungen erlegen ist Sonntag morgen gegen 5 Uhr im Krankenhause Frau Dahncke, die am 21. Juni in der Mühlenstraße von einem Auto angefahren und zu Boden geschleudert wurde. Die Bedauernswerte ist verschieden, ohne vorher das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Grundsteuer in den eingemeindeten Bezirken. Nach § 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1910, betreffend die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, beträgt der allgemeine Steuersatz 3,5 vom Tausend des gemeinen Wertes. Für Grundstücke, soweit sie ausschließlich zu Fabrik- oder Industriezwecken oder als Lagerplätze zu Zwecken des Handels oder der Industrie benutzt werden, beträgt der Steuersatz 2,5 vom Tausend. Für landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke, wenn sie zur Gewinnung des notwendigen Lebensunterhaltes von dem Eigentümer und seiner Familie in der Hauptsache selbst bearbeitet werden, beträgt der Steuersatz 1,75 vom Tausend. Steuerpflichtige, welche die Anwendung der vorstehend erwähnten ermäßigten Steuersätze auf ihre in den durch Gesetz vom 18. November 1912 eingemeindeten Gebietsteilen belegenen Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, den Umfang solcher Inanspruchnahme unter Angabe der Gründe binnen 2 Wochen der Steuerbehörde schriftlich anzuzeigen.

Zahlung der Gewerbesteuer für den Betrieb der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus. Die 2. Rate der nach dem Gesetze vom 3. Oktober 1906 für die oben genannten Gewerbebetriebe zu entrichtende Gewerbesteuer für das Jahr 1913 wird innerhalb der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1913 an den Werktagen vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Kassenzimmer des Polizeiamts — Mengstraße 41 — gegen Erteilung einer Quittung entgegengenommen. Die betreffenden Gewerbetreibenden werden zur rechtzeitigen Berichtigung aufgefordert.

Handelsregister. Am 28. Juni 1913 ist unter Nr. 141 eingetragen die „Lübeck—Segeberger Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft" mit dem Sitz in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb einer Kleinbahn mit einer Spurweite von 1,435 Meter, welche Lübeck mit Segeberg in der Richtung über Schönböcken, Stockelsdorf, Arfrade, Obernwohlde, Reinsbek, Wecherrade, Steinbeck, Weede verbindet. Dazu gehören der Erwerb des erforderlichen Grundeigentums, der Bau und die Herstellung des Bahnkörpers und der Schienenwege, sowie alle sonstigen erforderlichen Bau- und anderen Anlagen, endlich die Ausrüstung der Bahn mit dem nötigen Transport- und Betriebsmaterial nebst Utensilien. Die Bestimmung der Bahnlinie, Durchgangspunkte, Anlagen und Einrichtung erfolgt durch den von den beteiligten Regierungen genehmigten Bauplan. Eine Erweiterung des Unternehmens ist vorbehalten. Das Grundkapital beträgt 1 816 000,— Mk.. Die Höhe der einzelnen auf den Inhaber lautenden Aktien beträgt 1000 Mk. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Juni 1913 festgestellt. Der Vorstand besteht nach Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Die Gesellschaft wird vertreten: 1. wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese oder deren Stellvertreter, 2. wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, durch zwei Mitglieder oder durch ein Mitglied und einen Stellvertreter. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen ordentlichen Mitgliedern gleich. Der Rechtsanwalt Dr. jur. Adorf Heinrich Görtz und der Handelskammersyndikus Dr. jur. Erich Wallroth, beide zu Lübeck, bilden den Vorstand. Die Berufung der Generalversammlung, welche in Lübeck stattfindet, erfolgt unter Angabe der zur Beratung gestellten Gegenstände und Innehaltung einer Frist von 2 Wochen durch öffentliche Blätter (Reichsanzeiger). Die Gesellschaft ist gegründet: 1. von dem Lübeckischen Staat zu Lübeck, 2. von dem Fürstentum und Landesverband des Fürstentums Lübeck zu Eutin, 3. von dem Kreis Segeberg zu Segeberg, 4. von der Stadt Segeberg zu Segeberg, 5. von der Kaufmannschaft in Lübeck. Die Gründer haben nicht sämtliche Aktien übernommen. Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Senator Paul Leberecht Strack zu Lübeck, 2. Regierungspräsident Dr. Meyer zu Eutin, 3. Landrat Dr. Ilsemann zu Segeberg, 4. Bürgermeister Kuhr zu Segeberg, 5. Präses Dimpker zu Lübeck. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem Gericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer eingesehen werden.

Grundbuchamt. Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September sind die Richterzimmer des Grundbuchamts mit Ausnahme von Dienstag und Freitag werktäglich von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet. Die Gerichtsschreibereien des Grundbuchamts sind während derselben Zeit werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

pb. **Verhaftet.** Festgenommen wurde ein Hausdiener . Großenhain, auf Grund eines Ersuchens der Amts-valtschaft in Leisnig wegen Diebstahls.

pb. **Einbruch.** In der Nacht vom 26./27. d. M. zwischen und 2 Uhr sind in dem lübeckischen Dorfe Albsfelde tels Einbruchs gestohlen worden: 1 gelbbraunes Leder-temonnaie, enthaltend 520 Mark, bestehend aus 2 Hundert-rkscheinen und 16 Zwanzigmarkstücken, 2 goldene Damen-nontoiruhren mit römischen Ziffern, 1 lange Dublee-kette ohne Schieber, 2 starkgliedrige Dublee-Armbänder je drei roten Steinen, 1 altmodisches Medaillon mit ttverzierung, 4 goldene mittelgroße Broschen, 1 einfache allenbrosche.

pb. **Diebstähle im Warenhause.** Anzeige erstattet wurde en vier Frauen, die in einem hiesigen Warenhause Dieb-le ausgeführt haben.

Säuglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde fin-am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Loh-g 6—8 statt.

E. **Eutin.** Hurra, es ist erreicht! Wenn man jetzt erer Stadt ein Besuch abstattet und die seit einigen Tagen lich geschmückten Straßen sieht, so kann man zu der Ansicht men, daß hier etwas los ist, und wahrhaftig so ist es auch. tdem unsere Spießbürger bestimmt wissen, daß ein Ba-lon Militär nach Eutin kommt, schlagen sie förmlich Pur-äume vor lauter Freude. Am Mittwoch abend wurde h Extrablätter bekannt gegeben, daß Eutin nun endgültig Garnisonstadt festgelegt ist, und wer es am Donnerstag gen noch nicht wußte, dem wurde es folgendermaßen bei-acht: Früh um 7 Uhr brachte die Stadtkapelle dem Bür-neister ein Ständchen und als dieses zu Ende war, ging es Klimbim durch die ganze Stadt, hinter der Musik wurde Schild mit folgender Aufschrift getragen: „Hurra, hurra! in Garnisonstadt!" Sonderbarerweise fanden sich denn gleich die Prozentpatrioten beim Ständchen zusammen, rscheinlich in der Meinung, je mehr man sich am Hurra-ien beteiligt, desto besser blüht das Geschäft dabei. Wir ten denn auch gleich die bescheidene Frage aufwerfen: wer denn die Stadtkapelle bezahlt? Es soll ja nicht verkannt werden, daß sich auf ein paar Jahre die Bautätigkeit hebt und mancher Arbeiter Beschäftigung dabei findet; aber die Folgen in Gestalt von höheren Steuern werden sich einstellen, wenn alles wieder zu Ende ist.

h. **Malente.** Parteiversammlung. In der am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins erstattete Gen. Münster Bericht über die Generalversammlung in Ahrensbök. Mit der Erhebung eines Extrabeitrages erklärte sich die Versammlung einverstanden. Alsdann erfolgte die Wahl von 6 Delegierten zum Bezirksparteitag in Flensburg. Es erhielten Stimmen: Genossin Evers 17, Gen. Wulff 17, Nickel 16, Hardt 15, Westphal 15, Koop 14, Heitmann 6, Gloe 1. Wegen Fortzugs des bisherigen Vorsitzenden wurde Genosse Adolf Muxfeldt, Maurer, Schwentinestraße 1, zum Vorsitzenden gewählt.

Oldenburg i. Gr. Der Bezirksparteitag für den Bezirk Oldenburg - Ostfriesland tagte am Sonntag im hiesigen Gewerkschaftshaus. Den erstatteten Berichten entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl im Bezirk einen wesentlichen Aufschwung nicht genommen hat. Am 1. Juli 1912 waren vorhanden 7308 männliche und 1502 weibliche Parteimitglieder; am 1. April 1913 7310 männliche und 1518 weibliche Mitglieder. Im 1. oldenburgischen Wahlkreis außer Lübeck und Birkenfeld sank die Mitgliederzahl von 1528 auf 1524. Dieser geringe Rückgang ist eine Folge umfangreicher Arbeiterentlassungen und dadurch bedingter Abwanderung in Osternburg; betroffen wurden hiervon die Glasarbeiter, denen der eiserne Glasmacher eine scharfe Konkurrenz bereitet. Die Zahl der Leser des „Norddeutschen Volksblattes" beträgt gegenwärtig 8142. Die Maifeier ist im Bezirk würdig verlaufen, bis auf die Zusammenstöße in Wilhelmshaven; am 17. Juli findet die Verhandlung statt. Der Vorsitzende der Bezirksorganisation, Genosse Hug, gab in seinem Bericht ein interessantes Bild von der Gründung und Entwicklung der Parteiorganisation im 1. oldenburgischen Wahlkreis. Die Schwierigkeiten, die sich der Entwicklung hemmend in den Weg stellten, waren große, sie sind aber überwunden worden zunächst von einer kleinen aber begeisterten Schar von Parteigenossen. Immer mehr hat sich die Zahl der Mitstreiter gesteigert; die Entwicklung ist eine zwar langsame, aber stetige. Beschlossen wurde eine Aenderung des Delegiertensystems zum Bezirksparteitag. Auf die ersten 400 Mitglieder entfällt 1, bis 1000 2, bis 2000 3, bis 3000 4 und für jede weiteren 1500 Mitglieder ein Delegierter mehr. Den Bericht der Landtagsfraktion erstattete Genosse Hug. Der Landtag beschäftigte sich in seiner letzten Session mit der Fleischteuerung. Der Landtag beschloß eine Herabsetzung gewisser Zölle und sonstige Erleichterungen. Die Regierung trat diesen Anträgen jedoch nicht bei. Interessant war hierbei, daß die Liberalen zu einem Teil lebhaftesten Protest erhoben gegen das Bestreben einer Reihe Gemeinden, durch Einkauf von Fleisch, Kartoffeln etc. der bittersten Not zu steuern. Trotz unseres Widerspruches werden Landkrankenkassen eingeführt. Gefordert wurde eine bessere Gewerbeaufsicht. Die Schulärzte werden nun auch im Herzogtum eingeführt. Wesentlich konnte unsererseits eingewirkt werden auf die Neugestaltung der Besoldungsordnung. Die Staatsarbeiter und unteren Beamten erhalten durch unsere Einwirkung einen nicht unwesentlich erhöhten Lohn. Ein Versuch, die Geschäftsordnung des Landtages wesentlich zu verbessern, scheiterte. Auch auf anderen Gebieten hat die sozialdemokratische Fraktion versucht, möglichst viel für die Arbeiterschaft und Minderbemittelten herauszuholen. Ueber den Parteitag in Jena sprach Genosse Meyer, der u. a. das Verhalten der Reichstagsfraktion in der Frage der Heeres- und Deckungsvorlage billigte. Die geplante Neuregelung der Frage des Maifonds wurde vom Redner gebilligt. Wünschenswert sei jedoch eine Verlegung der Maifeier auf einen Sonntag. Mit der Schaffung eines Familienblattes könne man einverstanden sein. Zum Vorsitzenden der Bezirksorganisation wurde Genosse Hug, zum Vorort Rüstringen wieder bestimmt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

V. u. A. 5008
Mittwoch, den 2. Juli
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Julius Etler
Johanna Stier
Verlobte. (5095
Hamburg, 26. Juni 1913.

e Verlobung unserer Tochter mit **Fritz Rueß** erklären wir mit für aufgehoben. (5074
Ehmke u. Frau, Stitenstr. 17.

Gestern morgen starb an den olgen eines Unglücksfalles im llgemein. Krankenhause meine be Frau, meiner 3 Kinder-eusorgende Mutter, unsere te Tochter und Schwägerin
Auguste Dahncke
geb. **Hennings**
n 34. Lebensjahre. Tief be-auert von (5105
ermann Dahncke u. Kinder und ihren Eltern.
Die Beerdigung findet am onnerstag nachmittag 4 Uhr f dem Vorwerker Friedhof at.

Am Montag morgen entschlief anft und ruhig nach kurzer wererkrankung meine innigst-iebte Frau (5082
Magdalena Kempcke
geb. Schnepel
61. Lebensjahre. Tief be-auert und schmerzlich ver-ißt von **Friedr. Kempcke**
Parkstr. 13. nebst Angehörigen.
e Beerdigung findet Donners-g nachmittag um 2¾ Uhr von Kapelle des Vorwerker Fried-fes aus statt.

Malergehilfen
August Fölsch,
Bei St. Johannis 22.

Suche zum (5075
ereet noch tüchtigen Mann
Tag und zu Garnarbeiten.
Arnimstraße 49.

en in gesetzten Jahren nicht fähigung im Waschen u. Rein-en oder Morgenstunde.
Kolberstraße 21, I.

möbl. Part.-Zimmer
vermieten.
Sandstraße 115 a.

freundlich möbl. Zimmer
sofort zu vermieten.
Moisling Allee 33, I.

zum 1. Juli eine **kleine freundl. Wohnung** zum Preise von 140 Mk. vermieten Gerberstr. 18. (5101

bei dieser Zeit eine **Wohnung** für 150 Mk. elegantes **HP** an die Exped. (5088

Gesucht zum 1. Oktober eine
Zwei- od. Drei-Stuben-Wohn.
im Preise bis zu 220 Mk., Hüxter- oder Mühlentor. Angebote unter **E K 100** an die Exp. d. Bl. 5099

Zum 1. Oktober eine
Zwei-Zimmer-Wohnung
vor dem Burgtor oder Marli von Mietern ohne Kinder gesucht. Angebote unter **G K** an die Exp. (5085

Leeres Zimmer
für alleinstehende Frau gesucht.
5079) Näheres Hafenstr. 18, II.

Gesucht zum 1. Oktober **Zwei-Zimmer-Wohnung** mit Stall und Gartenland. 5096
Brinkhoff, Secretz, Dorfstr. 68.

Gesucht von Leuten mit einem Kind zum 1. Oktober eine **Zwei-Zimmer-Wohnung,** am liebsten in der Stadt. Anc. u. **B B** a. d. Exp. 5097

Massiv. Wohnhaus,
3 helle, frdl. Zimmer, Küche, Keller, Hofplatz usw. ist für den billig. Preis v. 4200 Mk. zu verk. Näh. Wahnstr. 30, parterre (oder auch abends Engelsgrube 31 bei Runge).

Kinderzeug für das Alter bis zu 5 Jahren billig abzugeben.
Stockelsdorf, Lohstraße.
5073) Villa Karls Rast.

Billig zu verkaufen ein **Schlafsofa** und ein **Grammophon** mit oder ohne Platten. (5090
Arnimstr. 28a. Hinterhaus.

Wegen Todesfall (5093
Tischlerwerkzeug
billig zu verkaufen. Dornestr. 40 c. I.

Einen Nähmaschinen-Fuß
billig zu verkaufen.
5080) **Rosenstraße 14 2.**

Ein leichter Handwagen
billig zu verkaufen.
5092) Schützenstraße 57 a. I.

Bl. Kinderwagen,
vernickelt und Gummireifen, zu verkaufen. Arnimstr. 3. (5106

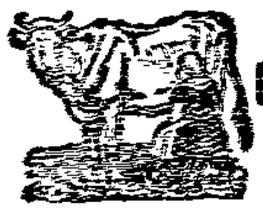
Polyphon mit Platten, 3flamm. **Doppelpetroleumkocher, Kanarienvogel** billig zu verkaufen.
5104) Dorotheenstraße 4, part.

Ein Kinderwagen
mit Gummi und Nickel zu verkauf.
5107) Blankstraße 7, I.

Spiral-Hosenträger
praktisch und bequem, zu verkaufen.
5078) **H. Timper,** Ludwigstr. 68, I.

Ein **Fliegenschrank,** eine **Stehlampe, ein Ausstreichschild, Vogelbauer, Gardinenkasten** zu verkauf.
5089) Marlesgrube 58/2.

Rechnungsformulare
Buchdruckerei des lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.



Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. **1.30** Mk. (5007

Ein kleines Sofa
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe u. **G F** a. d. Exp. (5091

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ueberall zu haben.
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 **Taschenmesser** oder 1 **Schere** usw. (1823
10 „ **echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel** usw.

Damen- und Kinder-Kleider
werden angefertigt
5106) **Wakendorfstraße 68, II.**

Schweizer Uhren-Reparatur-Werkstatt
A. Matern
Lübeck, Beckergrube 26
empfiehlt unter mehrjähriger Garantie:
Silb. Herrenuhren v. 10 M an
„ **Damenuhren** „ **8 M.** „
Nickeluhren . . „ **5 M** „
Wecker, Ketten usw.
Gelegenheitskauf: **Getragene Uhren** unter Garantie von **4.— M.** an.
Altes Gold u. Silber nehme in Zahlung. (5072

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**
1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Von den beliebten
Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen
sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso
Baukasten, Plastilinkasten
zum Formen von Figuren u. a. m.
Allen Lesern des „Lübecker Volksboten" sehr zu empfehlen.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Verkauf 5076
lebender Butt
am Dienstag, dem 1. Juli 1913
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstentorbrücke, Drehbrücke und **Hüxtertorbrücke.**

Billig! Billig!
Schnell-Besohl-Anstalt
Johannes Voss,
5083) Hüxstraße 90.

Neue Gesellschaft für Eutin und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Außerordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag, dem 3. Juli
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn P. Schröder.
Tagesordnung:
1. Die Erweiterung unseres Geschäfts
2. Verschiedenes.
4949) **Der Aufsichtsrat.**
J. A.: **L. Schöning.**

Gewerkschaftskartell Schwartau.

Achtung! Achtung!
Die Anweisung der Plätze z. Gewerkschaftsfest findet nicht am Dienstag, d. 1. Juli, sondern
Donnerstag, den 3. Juli
abends 7½ Uhr statt.
Das Komitee. 5094

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Dienstag, den 1. Juli 1913:
Kater Lampe.
Mittwoch, den 2. Juli:
Der große Opereitenschlager
FILMZAUBER.
Donnerstag, den 3. Juli:
Die versunkene Glocke.
Glockengießer . . . . Arno Hoß.
Rautendelein . Selma Wuttke.
5081) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 150. Montag, den 30. Juni 1913. 20. Jahrg.

Die Profite der Metallindustrie im Industriegebiet Lübeck pro 1911/12.

Tief im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft begründet liegt der Gegensatz zwischen dem Ueberfluß auf der einen und dem Mangel auf der anderen Seite. Zu den aufreizendsten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens gehört aber das arbeitslose Einkommen der Aktionäre. Von ihnen gilt das Wort: Sie ackern nicht, sie säen nicht, und doch heimsen sie die Ernte ein! Ohne den Finger zu rühren, streichen sie märchenhafte Gewinne ein. Mühelos wurden auch im vergangenen Geschäftsjahr den Aktionären, Direktoren und Aufsichtsräten der Metallindustrie von Lübeck riesige Profite in den Schoß geworfen. Es gibt allerdings auch Leute, die das Glück der Armut preisen und das Los der Reichen beklagen, weil diese mit viel Sorgen belastet sind, von denen der Nichtsbesitzende keine Ahnung hat und für die er demnach kein Verständnis haben kann.

In nachstehenden Zusammenstellungen wollen wir der Lübecker Arbeiterschaft die teilweisen enormen Profite, die das Lübecker Unternehmertum im verflossenen Geschäftsjahre aus dem Schweiße ihrer Arbeiter herausholte, vor Augen führen. Nach Durchsicht dieser Abhandlung wird zwar die Arbeiterschaft die Sorgen der Unternehmer ebensowenig würdigen als vorher, sie wird aber für sie als weiterer Ansporn dienen, für eine gerechtere Verteilung des Produktionsertrages einzutreten.

Dem kapitalistischen Grundsatz getreu: „Geschäft ist Privatsache," hält das Unternehmertum die Geschäftsgebarung und die Geschäftsergebnisse vor den Augen Neugieriger fein sorglich verborgen. Und doch hat die Arbeiterschaft ein sehr großes Interesse, die Rentabilität der Unternehmungen kennen zu lernen. So dringend dies Interesse nun auch ist, so hat bisher die Gesetzgebung nur für die Aktiengesellschaften eine Veröffentlichung ihrer Geschäftsergebnisse, allerdings eine stark eingeschränkte, erlassen. Dieses Geheimnis der kapitalistischen Gesellschaft zu erforschen, ist für jeden Arbeiter von großer Wichtigkeit, sieht er nicht nur, wohin der riesige Mehrwert, der von ihm täglich geschaffen wird, fließt, sondern es wird ihm auch mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß dieser unerträglichen Vergewaltigung der Arbeitermassen, hervorgerufen durch die Macht des Kapitals, nur durch eine straffe Organisation entgegengetreten werden kann.

In nachstehenden Zusammenstellungen sind die investierten Kapitalien und die Rentabilität von fünf Lübecker Unternehmungen enthalten. Weiter haben wir das Unternehmen von Orenstein u. Koppel A. G. in Berlin mit aufgeführt, um zu zeigen, in welche Abhängigkeit die Lübecker Maschinenbaugesellschaft infolge der beiderseitigen Interessengemeinschaft geraten ist, und mit welchem wuchtigen Uebergewicht Orenstein u. Koppel die Lübecker Maschinenbaugesellschaft ihren Interessen dienstbar machen kann.

Namen der Unternehmungen	in tausend Mark			
	Aktienkapital	Reserven	Fremdes Kapital	Gesamtes werbend. Kapital
Schiffswerft H. Koch A. G. .	600	63	523	1186
Stan.- u. Emaillierwerk A. G.	1400	45	460	1905
Hochofenwerk A. G.	8500	20	3225	11745
Lüb. Maschinenbaugesellschaft	4300	512	378	5190
A. G. f. Kartonageindustrie .	3050	1412	894	5356
Insgesamt	17850	2052	5480	25382
Orenstein u. Koppel A. G. .	36000	12947	3707	52654

Insgesamt waren an dividendenberechtigtem Aktienkapital in der Lübecker Metallindustrie 17,85 Millionen Mark investiert. An erster Stelle steht das Hochofenwerk mit 8,5 Millionen Mark, ihm folgt die Lübecker Maschinenbaugesellschaft mit 4,3 Millionen Mark. An Reserven hatten die fünf Unternehmungen rund 2 Millionen Mark im Laufe der Jahre angesammelt, von denen die A. G. f. Cartonageindustrie allein 1,4 Millionen Mark besaß. Das Eigenkapital (Aktienkapital inkl. Reserven) betrug demnach 19,9 Millionen Mark. In Wirklichkeit ist das Eigenkapital bedeutend höher zu bewerten; die wahren Ziffern sind aber nicht zu erfassen, da von den Reserven nur die offenen Konten berücksichtigt werden konnten, die sogenannten stillen oder versteckten Reserven, die bei einzelnen Gesellschaften eine nicht zu unterschätzende Höhe haben dürften, mußten naturgemäß ausscheiden.

Das fremde Kapital betrug 5,48 Millionen Mark. Auch diese Summen sind bedeutend höher, da als fremdes Kapital bei der Aufstellung nur die Obligationen und Hypotheken herangezogen wurden, während die Bankkredite und sonstige kurzfristige Kredite nicht mit inbegriffen sind. Das gesamte werbende Kapital erreicht die ansehnliche Summe von 25,38 Millionen Mark. Betrachten wir die unten angefügten ungeheuren Kapitalien der Orenstein u. Koppel A. G. und vergleichen wir diese mit dem Kapital der Lübecker Maschinenbaugesellschaft, dann ist es leicht begreiflich, daß letztere Gesellschaft nur ein Spielball in den Händen der Orenstein u. Koppel A. G. sein kann.

Haben wir bis jetzt die Kapitalien einer kurzen Betrachtung unterzogen, so zeigt uns die nächste Zusammenstellung die Rentabilität des Aktienkapitals.

Namen der Unternehmungen	Absolute Summen in 1000 Mark					
	Abschreibungen	Mehrgewinn		Zuverteilender Gewinn	Dividenden	
		Betrag	in Proz. z. Aktienkapital		in Proz. z. Aktienkapital	in Proz. zum verteilten Gewinn
Schiffswerft	66	88	14,7	138	8,0	34,8
St.- u. Emaillierwerk	49	59	4 2	62	4,0	90,3
Hochofenwerk	528	395	4,7	397	4,1[1])	88,2
Lüb. Maschinenbauges.	279	477	11,1	477	4,2	37,7
Kartonageindustrie .	199	961	31,5	970	19,9[2])	62,7
Insges. u. Durchschnitt	1121	1980	11,1	2044	7,0	60,8
Orenstein u. Koppel .	1770	5513	15,3	7186	14,0	70,1

[1]) Genußscheintilgung und Dividende.
[2]) Inkl. Dividende auf Genußscheine.

Die Abschreibungen betragen bei den fünf Lübecker Werken 1,12 Millionen Mark oder 6,3 Proz. zum Aktienkapital. Der Mehrgewinn, also der reine Jahresgewinn, abzüglich Gewinnvortrag vom Vorjahr, beträgt 1,98 Millionen Mark. Die höchsten Profite erzielten die Cartonageindustrie und die Schiffswerft. Den Rekord hatte in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft mit 31,5 % das erstere Unternehmen. Die durchschnittliche Rentabilitätsziffer betrug 11,1 %. Der zur Verteilung stehende Gewinn erreichte die ansehnliche Höhe von 2,044 Millionen Mark und die Durchschnittsdividende 7 %. Trotz diesen aufreizend hohen Profiten, oder richtiger, gerade wegen der unheimlichen Höhe der erzielten Gewinne, stimmen die Unternehmer die schönsten Klagelieder an über die Unzufriedenheit der Arbeiter. Der Zweck dieses Manövers und dieser anwidernden Heuchelei ist der, die Arbeiterschaft zu täuschen und ihre Angriffslust und den Abwehrmut bei Forderungen nach höheren Löhnen usw. einzudämmen. Immer mehr übt sich das Kapital und zwar mit Erfolg irreführende Angaben über die erzielten Profite zu machen. Seitdem die Arbeiterschaft sich aber mehr und mehr um die Rentabilität von Industrie-Unternehmungen bekümmert, will selbst die listigste Abwehr nicht mehr recht gelingen. Trotz aller Manipulationen können die Aufsichtsräte den immer mehr anschwellenden Mehrwert nicht ganz verbergen. Denn das ist das Charakteristische dieser Kollektivunternehmungen, daß sie trotz Verpflichtung der öffentlichen Rechnungslegung es vorzüglich verstehen, über ihren Reingewinn und ihre Vermögenslage den Schleier der Verschwiegenheit zu decken. Eines der gebräuchlichsten Mittel, die Rentabilität geringer erscheinen zu lassen, ist das, daß der Oeffentlichkeit nur die Höhe der an die Aktionäre ausgeworfenen Dividende als Rentabilitätsziffer angegeben wird. Den schlagendsten Beweis für die Unrichtigkeit dieser Behauptung bringt die letzte Spalte der vorstehenden Tabelle. Nach dieser wurden vom gesamten zur Verteilung stehenden Gewinn nur 60,8 % in Form von Dividenden ausgeschüttet. Einzelne Unternehmungen warfen für diesen Zweck gar nur ein starkes Drittel vom Reingewinn aus. Ein großer Teil des verteilten Gewinns floß als Tantiemen in die Taschen der Aufsichtsräte, Direktoren und Beamten, ein anderer Teil wurde zu Rückstellungen verwendet und ein ganz geringer Bruchteil wurde schließlich zu Wohlfahrtszwecken ausgeworfen.

Aber alle die vorstehend angegebenen Gewinnziffern treffen bei einzelnen Unternehmungen noch lange nicht den wahren Satz. Von Zeit zu Zeit fließen der Unternehmung sowie den Aktionären bei Kapitalserhöhungen bedeutende Zwischengewinne zu. Nachstehende kleine Aufstellung zeigt dieses auf das eklatanteste.

Unternehmungen	Mehrgewinn		Zu verteilender Gewinn in 1000 Mk.	Dividenden	
	Betrag in 1000 Mk.	in Prozent zum Aktienkapital		Betrag in 1000 Mk.	in Prozent zum Aktienkapital
Kartonageindustrie	2 335	77,2	2 364	1508	49,4
Orenstein u. Koppel	13 613	37,8	15 286	8290	23,0

Der bilanzmäßige Mehrgewinn von vorstehenden zwei Unternehmungen, der in der ersten Rentabilitäts-Tabelle mit 961 000 und 5,5 Millionen Mark angegeben ist, ist zwergenhaft gegen die Gewinne, die sich aus diesen Summen inkl. Agio aus Emissionen und dem Extrabonus an die Aktionäre der Cartonageindustrie und Orenstein u. Koppel ergeben. Der Mehrgewinn stieg bei der ersteren Gesellschaft auf 2,335 Millionen Mark, bei der anderen auf 13,613 Millionen Mark. Die Extragewinne betrugen demnach 1,394 und 8,1 Millonen Mark. Die Rentabilitätsziffer erreicht bei der Cartonageindustrie die exorbitante Höhe von 77,2 %, bei Orenstein u. Koppel 37,8 %. Im gleichen Maße steigerten sich auch die zu verteilenden Gewinne und die an die Aktionäre ausgeworfenen Dividenden. Annähernd (49,4 %) die Hälfte ihres eingezahlten Aktienkapitals bekamen die Aktionäre der Cartonageindustrie in einem einzigen Jahre zurückbezahlt.

Unerhört aufreizende Zahlen sind das, wenn man bedenkt, wie viel Energie und Ausdauer von der Arbeiterschaft aufgewendet werden muß, solchen Unternehmern ein Geringes von ihren Riesenprofiten in Form von wenigen Pfennigen Lohnerhöhung abzujagen.

Wenn wir nun sehen, daß die Industriellen solch enorme Profite jahraus jahrein aus dem Schweiße der Arbeiter herauspressen und wenn dann weiter die Behauptung immer und immer wieder aufgestellt wird, daß die Produktionskosten durch die ständig steigenden Löhne solch hohe würden, daß das in der deutschen Industrie investierte Kapital sich nicht mehr rentiere und konkurrenzunfähig würde, dann weiß die Arbeiterschaft, daß das nicht der Wahrheit entspricht. Sie weiß auch, daß die Gestehungskosten eine Steigerung der Löhne sehr wohl vertragen und daß an der rapiden Zunahme der Produktionskosten eine unsinnige Steuer- und Zollpolitik schuld ist und die keine Grenzen kennende Profitgier des Unternehmertums.

Und wenn dann zu Unrecht der Ertrag der Arbeit zu einem großen Teil nichtarbeitenden Ausbeutern zufällt, während viele Arbeiter und auch Angestellte unter Entbehrungen

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Bah . . .! Ich würde es vielleicht nicht geglaubt haben, es ist wahr. Aber es ist geschehen, weil es geschehen mußte. Alles ist wohl eingerichtet — heutzutage. Es steht jedem frei, Geld zu verdienen — und etwas Besseres wird man nie erfinden."

„Und die Armen, die Faulen, die Schwachen, die Schafsköpfe — was fangt Ihr damit an?"

„Gar nichts, weil sie zu nichts gut sind. Um so schlimmer für sie!"

„Und wenn auch Ihr dazu gehörtet, Herr Brikolin, was Gott verhüte, würdet Ihr dann auch sagen: Um so schlimmer für mich? Nein, nein . . . Ihr habt nicht gesagt, was Ihr dachtet, als Ihr antwortetet: Um so schlimmer für sie — dafür habt Ihr ein viel zu gutes Herz und viel zu viel Religion."

„Religion . . . ich Religion? Ich mache mich darüber lustig, über die Religion . . . und du ebenfalls. Ich sehe wohl, daß sie wiederzukommen versucht, aber ich sorge mich nicht darum. Unser Pfarrer ist ein lebenslustiger Geselle, und ich will ihn nicht ärgern. Wenn er ein Mucker wäre, würde ich ihn zum Teufel jagen. Wer glaubt denn noch an all diese Albernheiten — heutzutage?"

„Und eure Frau, eure Mutter, eure Tochter — sagen auch sie, es seien Albernheiten?"

„O . . . das gefällt ihnen, das amüsiert sie. Wie's mir scheint, haben die Frauen ein Bedürfnis dafür."

„Und wir Bauern sind wie die Frauen — wir brauchen die Religion."

„Nun wohl . . . Ihr habt eine unter der Hand. Geht also in die Messe — ich werde euch nicht hindern, solange Ihr mich nicht zwingen wollt, ebenfalls hinzugehen."

„Das kann immerhin noch kommen — wenn nämlich die Religion, die wir haben, wider fanatisch und verfolgend wird, wie sie es so sehr und oft gewesen ist."

„Sie ist also nichts wert? . . . Dann laßt sie fahren — ich kann sie gut entbehren."

„Aber da wir nun einmal absolut eine haben müssen, so müßte man wohl eine andere annehmen?"

„Eine andere . . . eine andere . . . Teufel auch, du hast es getroffen. Mach du doch eine!"

„Ich möchte eine haben, die die Menschen hindert, sich zu hassen, zu fürchten und zu schädigen."

„Das würde in der Tat etwas Neues sein! So eine möchte auch ich haben, die meine Pächter hindern würde, mir des Nachts mein Korn zu stehlen, und meine Tagelöhner, täglich drei Stunden mit dem Löffeln ihrer Suppe zu verbringen."

„Es würde alles so sein, wenn Ihr eine Religion hättet, die euch geböte, sie ebenso glücklich zu machen als euch selbst."

„Ludwig, Sie tragen die wahre Religion im Herzen!" sagte Marcella.

„Das ist wahr . . .!" rief Rosa begeistert.

Brikolin wagte nicht zu widersprechen. Es lag ihm viel daran, das Vertrauen der Baronin zu gewinnen und ihr nicht eine schlechte Meinung über seine Person aufzudrängen. Ludwig bemerkte Rosas Unruhe und sah Marcella an mit einem feurigen Blick, der zu sagen schien: Ich danke Ihnen herzlich.

Die Sonne sank und die reichliche Abendmahlzeit war zu Ende. Brikolin, der dank der guten Gerichte und der vielen geleerten Gläser schwer auf seinem Stuhle saß, hätte sich gern seinem Lieblingsvergnügen hingegeben und zwei oder drei Stunden lang Kaffee getrunken mit Branntwein und Likör. Ludwig aber, auf den er gerechnet, um ihm die Stirn zu bieten, stand vom Tische auf und rüstete sich zur Heimreise, und die Baronin ging, um ihren Dienstboten Lebewohl zu sagen und ihre Rechnungen zu begleichen. Sie übergab ihnen den Brief für ihre Schwiegermutter und nahm dann den Müller beiseite, um ihm den an Heinrich adressierten Brief anzuvertrauen mit der Bitte, ihn selbst auf die Post zu geben.

„Seien Sie unbesorgt," sagte er — er begriff, daß ein kleines Geheimnis dahinterstecke. „Ich werde ihn nur aus der Hand lassen, wenn ich ihn in den Briefkasten gleiten lasse, ohne daß jemand die Augen darauf geworfen — selbst nicht Ihre Dienstboten, nicht wahr?"

„Danke, mein braver Ludwig."

„Danke . . .! Sie sagen mir Dank, wo ich Ihnen auf den Knien danken müßte! . . . Aber Sie wissen ja nicht, was ich Ihnen verdanke! Ich werde an unserer Mühle vorbeigehen, und in zwei Stunden wird das kleine Aennchen bei Ihnen sein. Sie ist sauber und sanfter als die große Franziska hier bei den Brikolins.

Als Ludwig und Lapierre sich auf den Weg gemacht hatten, war Marcella einen Augenblick wie vernichtet, als sie sich allein der Familie Brikolin auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert sah. Sie fühlte sich sehr traurig, und Eduard bei der Hand nehmend, entfernte sie sich und schritt auf ein kleines Wäldchen zu, das sie auf der anderen Seite der Wiese erblickte. Es war noch hell und die hinter dem alten Schlosse untergehende Sonne zeichnete die hohen Türme ab als gigantische Schatten. Doch sie war noch nicht weit gegangen als Rosa sie einholte, die eine große Zuneigung für sie fühlte und deren leibliche Gestalt der einzige angenehme Gegenstand war, der ihre Blicke in diesem Augenblick auf sich lenken konnte.

„Ich möchte Ihnen den Garten zeigen," sagte das junge Mädchen, „es ist mein Lieblingsplätzchen, und Sie werden ihn lieb gewinnen, dessen bin ich sicher."

„Wie er auch immer sei — Ihre Gesellschaft wird ihn mir angenehm erscheinen lassen," antwortete Marcella, indem sie ihre Hand vertraulich unter Rosas Arm schob.

Der alte Park der Herrschaft von Blanchemont war zur Zeit der Revolution abgehauen und von einem tiefen, mit fließendem Wasser angefüllten Graben und großen lebenden Hecken umschlossen worden, an denen Rosa ein Stück von dem Besatze ihres Mussenlinekleides ließ — mit der Hast und Sorglosigkeit eines Mädchens, dessen Ausstattung mehr denn vollzählig ist.

Die alten Eichenstümpfe waren mit neuen, grünenden Sprossen bedeckt, und der ehemalige Park war nur noch ein dichtes Gehölz, beherrscht von einigen Baumriesen, die die Axt verschont, und die ehrwürdigen Ahnen glichen, die ihre mächtigen knorrigen Arme ausbreiteten über eine zahlreiche und frische Nachkommenschaft. Durch natürliche Stufen in dem Felsen stiegen hübsche Pfade hinauf und hinab und schlängelten sich hin unter einem dichten, aber auch niedrigen Laubgewölbe.

Dieses Wäldchen war voller Geheimnisse. Ungestört und frei konnte man darin umherirren — gestützt auf den Arm des Geliebten . . . Marcella verjagte diesen Gedanken, der ihr Herz heftiger klopfen ließ, und versank in Träumereien . . . sie lauschte dem Nachtigallenschlag und dem Gesange der Hänflinge und Amseln, die den friedlichen und verlassenen Hain belebten.

Die einzige Allee, in die das Gestrüpp noch nicht eingedrungen, lag am äußersten Saume des Wäldchens und diente als Nutzungsweg. Marcella näherte sich ihm mit Rosa, und ihr Kind lief voraus. Plötzlich aber blieb es stehen und kam langsam zurück, unentschlossen, ernst und blaß.

„Was hast du denn?" fragte seine Mutter — sie war daran gewöhnt, alle seine Eindrücke zu erraten und sah, wie er zwischen Furcht und Neugierde kämpfte.

„Da hinten ist eine häßliche Frau!" antwortete Eduard.

„Man kann häßlich und doch gut sein!" antwortete Marcella. „Lapierre hat ein sehr gutes Herz und ist doch nicht schön . . ."

und Sorgen schwer zu leiden haben, dann muß dieser Ausbeutung mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Gänzlich beseitigt kann sie aber nur werden durch die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentmus an Produktivmitteln in Eigentum der Gesamtheit und durch die Regelung der gemeinsamen Arbeit nach dem Willen und zum Nutzen der Gesamtheit, also durch die sozialistische Volkswirtschaft.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 28. Juni 1913.

172. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Kühn, Dr. Delbrück.

Zunächst wird der Antrag betr. die Vertagung des Reichstags bis zum 20. November angenommen.

Hierauf wird debattelos in dritter Lesung das Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts sowie das Gesetz betr. Änderung zweier Reichstagswahlkreise erledigt.

Es folgt die

dritte Lesung der Wehrvorlage.

Scheidemann (SD.): Wir sind der Stunde näher gekommen, in der diese Militärvorlage zur Annahme und damit ein ereignisreicher Abschnitt unserer Geschichte zum Abschluß kommt. Der Abschluß überrascht uns nicht. Wir haben in den letzten Monaten alle Bitterkeit eines aussichtslosen Kampfes in vollen Zügen kosten müssen. Uns stand gegenüber, wie Ibsen es nennt, die verfluchte, kompakte Majorität, der schlimmste Feind der Wahrheit und jeden Fortschritts. Wir wollen in letzter Stunde noch einmal feststellen, daß wir dies Gesetz bekämpft haben und daß wir Sie, die dies Gesetz annehmen wollen, und den Geist, aus dem heraus das Gesetz geboren, draußen weiter bekämpfen werden. (Bravo! bei den Soz.) Die Behauptung eines Teils der französischen Presse, daß wir insgeheim das Zustandekommen der Militärvorlage begünstigt hätten, während unsere französischen Genossen alles daran gesetzt hätten, das Zustandekommen des französischen Gesetzes zu verhüten, ist zu dumm und zu kurzsichtig, als daß man sich dabei länger aufhalten sollte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich gestehe gern, daß uns unsere französischen Freunde weit überlegen sind, was Kraft des Temperaments und Beredsamkeit anlangt. Aber alle Behauptungen sind hinfällig, die dahin gehen, daß auch nur ein Teil der internationalen Sozialdemokratie in der Bekämpfung des Militarismus einen schwächeren Willen hätte zutage treten lassen als ein anderer Teil. Wir sind uns durchaus einig in dem Streben, Fortschritte des Militarismus zu verhindern, ja mehr noch, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um den Militarismus überhaupt auf Tod und Leben zu bekämpfen. Wir empfinden nur Haß gegenüber diesem furchtbaren System, in das unsere Brüder und Söhne hineingepreßt werden, indem sie zu willenlosen Maschinen gemacht werden sollen, in dem man von ihnen verlangt, daß sie die nächsten Blutsverwandten unter Umständen töten sollen. Ich erinnere daran, was wir in den letzten Tagen über die einzelnen Kennzeichen dieses Systems haben sprechen hören. Ich erinnere an das neueste furchtbare Kulturteil, das gestern in Erfurt gefällt worden ist. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Es ist unerhört, daß es möglich ist, daß im Deutschen Reich, einem Rechtsstaat, überhaupt derartig unsetzliche Urteile gefällt werden können. (Erneute Zust. bei den Soz.) Reserve- und Landwehrmänner, verheiratete Leute, Familienväter, die sich am Tage der Kontrollversammlung im Rausch in einer Kneipe geprügelt haben und dabei in Konflikt gekommen sind mit dem Gendarmen und Dorfpolizisten, sind deshalb wegen militärischen Aufruhrs und wie diese entsetzlichen Anklagepunkte alle heißen, zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt worden! (Stürmische anhaltende Pfuirufe und große Unruhe bei den Soz.; Ledebour ruft: Und da machen die Herren noch!) Ich hoffe, daß es eine Täuschung des Genossen Ledebour ist; ich will hoffen, daß in dem Zusammenhang kein Mensch es wagt, die unglaubliche Leistung zu vollbringen, auch noch zu lachen! Aber mehr noch: der Anklagevertreter der Militärbehörde hat es fertig gebracht, gegen diese unglücklichen Männer, die im Rausche sich vergangen haben, 43 Jahre Zuchthaus zu beantragen! (Erneute stürm. Zurufe bei den Soz.) Es wäre einfach unfaßbar, wenn ich nicht wüßte, daß die Herren an die Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches gebunden wären, wäre die Frage aufzuwerfen, ob es sich hier noch um Menschen handelt, die ein solches Urteil fällen können, oder ob es nicht Bestien in Menschengestalt sind. (Stürm. Zustimmung bei den Soz.; Präsident Kämpf: Das dürfen Sie gegen Richter nicht sagen! — Große Unruhe bei den Soz.) Ich habe ausdrücklich gesagt: wenn ich nicht wüßte, daß die Herren an das Gesetz gebunden sind. Ich bin nicht juristisch gebildet, jedenfalls aber ist es ein unerträglicher Zustand zu wissen, daß es überhaupt möglich ist, daß solche Dinge vorkommen. (Levy: Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn in solchen Fällen — die Einzelheiten kennen wir ja noch nicht — derartige Strafen verhängt werden können, so werden Sie begreifen, daß wir nur von Haß erfüllt sein können gegen dies System. Dieser Haß ist geboren aus wohlverstandener Bruderliebe und aus Vaterlandsliebe. (Lebh. Bravo! bei den Soz.) Alle Logik, alle Mahnungen zur ruhigen Überlegung, alle Erinnerungen an Ihre weltgeschichtliche Verantwortung sind abgeprallt an Ihren Fraktionsbeschlüssen, ja wir haben erfahren müssen, daß eine ganze Anzahl von Abgeordneten ihre besondere Einsicht rein praktischen Erwägungen zum Opfer gebracht haben. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung!) Es gab doch in diesem Haus eine Mehrheit, die sich offen und laut zu der Militärvorlage bekannte und eine, die sie innerlich verdammte — nichts anderes habe ich eben gesagt, und das kann man nicht anfechten! (Präsident Kämpf erklärt, das anfechten zu müssen! Heiterkeit bei den Soz.) Die erste Nachricht von der bevorstehenden Einbringung einer so riesigen Militärvorlage schlug wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Wenn man damals die Fortschrittler, die Zentrumsleute aus dem Süden und Westen gefragt hätte, und noch einige andere Mitglieder des Hauses, so hätte man gesehen, daß der Reichstag eine solche Vorlage nicht wünschte. In einem Zeitungsartikel wurde die Vorlage, obgleich sie nur auf die Hälfte ihres späteren Umfanges geschätzt wurde, auf das schärfste verurteilt, hervorgehoben, daß sie Unsicherheit und Nervosität hervorrufen müsse und den wiederholten Versicherungen der Militärverwaltung ins Gesicht schlage. In einem zweiten Artikel war gesagt, daß doch die letzten Militärvorlagen noch gar nicht ganz durchgeführt seien, und daß es verkehrt ist, wenn das Gewehr zum Abschießen bereit ist, erst noch ein anderes Modell zu wählen. Beide Artikel sind — von Herrn Matthias Erzberger (Große Heiterkeit bei den Soz.), der freilich gerade jetzt nicht hier ist, obwohl er sonst immer da ist. Freilich bei der ersten Lesung hat er die Vorlage schon als Konsequenz der Korrektur der Landkarte Europas, als Abwehr gegen eine Erdrosselung Deutschlands erklärt! Bei anderen Herren war die Sache genau so. Als sie die Schleppsäbel der Generalstäbler klirren hörten, sank die bürgerliche Opposition in die Knie, angeblich wegen der taktischen Situation. So beherrschten die beiden Militärparteien, die Nationalliberalen und die Konservativen, von vornherein die Situation, und wie die Don Quichotes auf ihren Rosinanten vorausgaloppierten, so trabten die Sancho Pansas hinterher. (Große Heiterkeit.) Wenn man sagt, daß in einem künftigen Krieg die Tapferkeit der einzelnen Soldaten ausschlaggebend sein werde, so möchte ich nur wünschen, daß sich die Soldaten nicht gewisse Parlamentarier zum Muster nehmen, sonst könnte es mit Deutschland zu Ende sein! (Heiterkeit.) Wir können nicht so schnell umlernen wie Sie. Wir denken heute noch über die Vorlage genau so, wie sie noch vor einigen Monaten darüber gedacht haben. Wir sehen nicht ein, wie die angebliche neue Großmacht auf dem Balkan uns zwingen sollte, 136 000 Soldaten mehr einzustellen. Wir halten Österreich-Ungarn immer noch für ein Bollwerk des Germanentums gegen den slavischen Ansturm. Wir glauben nicht nur nicht, sondern wir wissen, daß Frankreich gar nicht daran denkt, uns an die Kehle zu springen. (Zust. bei den Soz.; Lachen rechts.) Die Äußerungen einzelner verrückter Franzosen geben ebenso wenig die Stimmung des Landes wieder, wie etwa die Äußerungen der Keim und Liebert die Stimmung Deutschlands. Wir glauben auch nicht an die überlegene Strategie Rußlands, dessen Zaren Tausende Soldaten sogar in den Straßen Berlins vor der Liebe seines Volkes bewahren müssen. Wir glauben an die russische Strategie insbesondere nicht seit der grauenhaften Aufklärung durch den Pistolenschuß in Wien — gegen einen Redl hätten uns auch 136 000 Soldaten mehr nicht schützen können. (Sehr gut! bei den Soz.) — Alle diese Scheingründe werden durch die Tatsachen Lügen gestraft und sind überhaupt nur vorgebracht worden, um zu verschleiern, daß es für diese Militärvorlage Gründe überhaupt nicht gibt. (Lebh. Zust. bei den Soz. und Elsässern.) Ohne Anlaß, ohne Not und unter dem Druck gegebener Versprechen, wie Herr Erzberger festgestellt hat, hat man diese Vorlage der Welt ins Gesicht geschleudert, Deutschland als das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten erwiesen und eine Leistung vollbracht, die vielleicht nur verglichen werden kann mit den Leistungen von Tanger und Agadir, nur daß die Posten ungleich höher und die Folgen unübersehbarer sind. Und was erreichen wir mit dieser Vorlage? Die ganze Welt rüstet seit dem Augenblick ihrer Einbringung, Frankreich führt infolge dieser Vorlage die dreijährige Dienstzeit ein, und bleibt uns nach den Angaben aller Militärschriftsteller, ob sie Freunde oder Gegner der Vorlage sind, 1913/14 um 25 000 Mann überlegen. Wenn wir mit Frankreich auf dem Gebiet der allgemeinen Volksbewaffnung konkurrieren wollten, würden wir infolge unserer weitaus größeren Volkszahl immer die Überlegenen sein, statt dessen konkurrieren wir auf dem Gebiet der Friedenspräsenzstärke und Frankreich bleibt uns unter Aufbietung der äußersten Kraft doch überlegen. (Lachen rechts.) Wenn doch die Herren nur ehrlich zugestehen wollten, daß wir unsere Position in Wirklichkeit gar nicht verbessern! (Sehr gut! bei den Soz.) Die Behauptung, daß die Heeresvorlage die Antwort auf die französische Dienstzeitverlängerung sei, ist eine Unehrlichkeit, wie sie verlogener und schlimmer kein Mensch aussprechen kann. (Zustimmung bei den Soz. — Präsident Kämpf: Sie meinen doch wohl mit diesen Worten nicht Mitglieder des Reichstages!) Ich dachte gerade an das spanische Parlament. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn man mich auch wieder einmal, wie es schon oft geschehen ist, als Agenten des Auslandes und als Vaterlandsverräter denunzieren wird — wahr bleibt es doch, daß durch die von Deutschland beabsichtigten Rüstungen Frankreich zu Gegenmaßregeln gezwungen, in Erschöpfung und Verzweiflung getrieben wurde. (Widerspruch rechts. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg betritt den Saal.) Machen Sie doch die Probe darauf, ziehen Sie die Vorlage zurück oder lehnen Sie sie ab, keine 24 Stunden wird es dauern und Frankreich verzichtet auf die Zurückbehaltung des zweiten Jahrgangs und auf die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. (Gelächter rechts.) Sie lachen, Sie müssen ja doch wenigstens so tun, als ob Sie Gründe für die Militärvorlage hätten! — Man behauptet, Frankreich beweise durch seine Gegenrüstungen seine Kriegslüsternheit. In den ganzen Debatten der französischen Deputiertenkammer fiel kein Wort wie das des Kriegsministers v. Heeringen über die Notwendigkeit der Offensive, kein kriegslüsternes Wort, weder von der Linken noch von der Rechten, sondern es herrschte überall die Sorge vor einem deutschen Angriff und die Frage, wie sich Frankreich dagegen wehren solle. So hat auch Jaures seinen Standpunkt begründet, trotz aller publizistischen Fälschungen, denn genau so, wie wir unser Vaterland nicht wehrlos einem feindlichen Angriff preisgeben wollen, genau so wollen das auch unsere französischen Freunde nicht tun. Wir werden diesseits und jenseits der Grenze alles tun, was in unserer Kraft steht, um einen Krieg zu vermeiden, denn er wäre der furchtbarste Schlag für die Völker und die Vernichtung der europäischen Kultur. Entwaffnen wir Deutschland und Frankreich, damit sie einander nichts tun können — gut! Aber nur den einen bewaffnen, damit er vielleicht über den andern herfallen kann, das wird kein vernünftiger ehrlicher Mensch wollen. Wir verstehen also, daß die Franzosen sich zur Abwehr gegen einen von ihnen befürchteten deutschen Angriff bereiten. Eine einfache Wiederholung von 1870/71 liegt übrigens nicht nur außerhalb der politischen, sondern auch außerhalb der militärischen Möglichkeit. — Heute sind es hundert Jahre seit dem Tode Scharnhorsts, der kein junkerlicher Schwärmer für Kasernendrill war, aber von Strategie und anderen Dingen im kleinen Finger mehr verstand wie 99 Durchschnittsjunker zusammen! Der „Vorwärts" schreibt heute, daß das, was Scharnhorst 1808 ins Auge gefaßt hatte, den heutigen Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Feld der Landesverteidigung entspreche. Ich glaubte es dem großen Scharnhorst schuldig zu sein, an seinem hundertsten Todestag an ihn zu erinnern. (Lebh. Bravo! bei den Soz.) Manche Leute machen sich Hoffnung infolge der französischen Soldatenrevolten. In den revolutionären Kräften eines Volkes, die sich gegen Tyrannei wenden, sehe ich die besten Kräfte eines Volkes. (Zustimmung bei den Soz.) Aber wenn Sie nach Frankreich sehen, müßte Sie ja ein Grauen überkommen über das, was Sie angerichtet haben, denn die französischen Soldaten rebellieren, weil der parlamentarische Kasernengehorsam in Deutschland so groß ist und deutsche Abgeordnete vor dem deutschen Generalstab stramm stehen. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lachen bei den bürgerl. Parteien.) Haben Sie denn eine so große Begeisterung für die Zustände in unserer Armee, daß Sie der Heeresverwaltung alles bewilligen? Dagegen spricht ja der Berg Ihrer Resolutionen, die freilich nichts Resolutes, sondern nur Bittschriften sind, aber in ihrer Gesamtheit ein Bild der größten Unzufriedenheit mit den Zuständen im Heer, und ein großes Mißtrauensvotum gegen die Heeresverwaltung darstellen. In parlamentarisch regierten Ländern wäre die Annahme so vieler Resolutionen undenkbar. Die Regierung würde erklären, daß das unterbleiben müsse, sonst würde sie ihr Amt niederlegen. Bei uns aber sagt die Regierung: fassen Sie nur Resolutionen, wir haben einen großen Papierkorb. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vielleicht sagt auch der eine oder andere Herr in der Regierung, wie General Keim: Lassen Sie sie nur schimpfen, wenn sie nur bewilligen! In den Resolutionen verlangen Sie die Beseitigung der Bevorzugung des Adels, Verkürzung der Dienstzeit, Aufhebung des politischen Militärboykotts, Einschränkung der Zahl der Burschen, Beseitigung der adligen Regimenter, Reform der Militärjustiz, Kampf gegen die Soldatenmißhandlungen und sogar Durchführung der längst zugesagten Ersparnisse. (Heiterkeit bei den Soz.) Was haben Sie denn bisher auf diesem Wege ereicht? Wo bleibt die dem Zentrum versprochene Kabinettsordre gegen die

---

„O, Lariette ist nicht häßlich!" rief Eduard, der wie alle Kinder die Gegenstände seiner Zuneigung bewunderte.

„Gib mir die Hand," sagte Marcella, „und wir wollen hingehen und diese häßliche Frau sehen."

„Nein, nein . . . nicht hingehen . . . es ist zwecklos," bat Rosa traurig und verlegen, ohne jedoch irgend welche Furcht zu zeigen. „Ich glaube nicht, daß sie da wäre."

„Ich will Eduard nur davon gewöhnen, die Furcht zu überwinden," antwortete Marcella mit halblauter Stimme.

Und als Rosa nicht zurückzuhalten wagte, verdoppelte sie ihre Schritte. Doch als sie die Mitte der Allee erreicht hatte, blieb sie unwillkürlich stehen — von einer Art Entsetzen befallen bei dem Anblick des seltsamen Wesens, das sich ihr langsam näherte . . .

XII.

Unter den majestätischen Laubgewölben der hohen Eichen, unter denen dunkle Schatten zitterten und glänzende Strahlen der untergehenden Sonne, wandelte mit gemessenen Schritten ein Weib durch die Allee — oder vielmehr ein unendliches Weinen, das in wildes Grübeln und Sinnen versunken zu sein schien. Es war eine jener verirrten und von tiefem Unglück versehrte Gestalten, die kein Alter und kein Geschlecht mehr haben. Ihr dennoch — ihre regelmäßigen Züge kann einen gewissen Adel besessen, der trotz entsetzlicher Verheerungen von Kummer und Krankheit noch nicht völlig vernichtet war, und ihr langes schwarzes Haar quoll in wahrer Unordnung unter ihrer weißen Mütze hervor, die getragen wurde von einem gebrochenen und an tausend Stellen zerrissenen Männerhabitus, und gab dem schmalen bräunen Gesicht, das zum Teil von den Strähnen bedeckt wurde, ein unheimliches Aussehen. Man bemerkte in diesem Antlitz und vom Fieber verwüsteten Gesicht nur zwei große schwarze Augen mit seltsam starrem Ausdruck, deren wirr feierlichem Blick man nur selten begegnete, eine sehr gerade und ziemlich schön geformte, obgleich stark ausgeprägte Nase, und einen halbgeöffneten, farblosen Mund.

Sie trug die Kleidung der Bürgerfrau, jedoch von widerlicher Unsauberkeit. Ein schlechtes Kleid aus gelbem Stoff ließ einen formlosen Körper erkennen, dessen hohe und breite Schultern in der Breite eine Entwicklung angenommen, die in keinem Verhältnis stand zu dem übrigen Körper, der kümmerlich zu sein schien und den es langsam und auf einer Seite schleppende Kleid umflatterte. Ihre magern und schwarzen Beine waren nackt, und herausgetretene knorrige Sehne verteidigten ihre Füße nur leidlich gegen die Kieselsteine und Dornen, für die sie übrigens unempfindlich zu sein schienen. Sie schritt ernst vor sich hin — den Kopf nach vorn geneigt, den Blick auf die Erde geheftet und mit den Händen ein blutbeflecktes Taschentuch rollend und drückend.

Sie kam direkt auf die Baronin zu, die ihr Entsetzen verbarg, um es nicht Eduard mitzuteilen, und ängstlich darauf wartete, sie möchte sich nach rechts oder links wenden, um an ihr vorüberzugehen. Doch das Gespenst, denn dieses Wesen glich einer unheimlichen Erscheinung, schritt dahin, ohne anscheinend auf jemand zu achten, und ihre Gesichtszüge, in denen man keineswegs den Irrsinn, wohl aber eine düstere, in den Zustand selbstversunkener Betrachtung übergegangene Verzweiflung lesen konnte, schienen keine Eindrücke von der äußeren Umgebung zu empfangen. Als sie indessen bei dem Schatten anlangte, den Marcellas Gestalt ihr zu Füßen warf, blieb sie plötzlich stehen, wie wenn ein unübersteigbares Hindernis sich vor ihr auftürmte, und wandte alsdann den Rücken, um ihre ewige und eintönige Wanderung wieder aufzunehmen.

„Es ist die arme Brikoline", sagte Rosa, ohne die Stimme zu dämpfen, obgleich sie es noch hören konnte. „Es ist meine älteste Schwester — sie ist irrsinnig. Sie ist erst dreißig Jahre alt, obgleich sie aussieht, wie eine alte Frau, und zwölf Jahre ist es her, daß sie uns nicht ein Wort gesagt hat noch anscheinend unsere Stimme gehört hat. Wir wissen nicht, ob sie taub ist. Sie ist nicht stumm, denn wenn sie sich allein glaubt, so spricht sie zuweilen, doch ihr Gerede hat keinen Sinn. Sie will immer allein sein, und sie ist nicht schlecht, wenn man ihr nicht zuwiderhandelt. Fürchten Sie sich nicht vor ihr — wenn Sie tun, als sähen Sie sie nicht, wird sie Sie nicht einmal anblicken. Nur wenn wir sie ein wenig säubern wollen, wird sie wütend und sträubt sich schreiend, als täten wir ihr weh."

„Mama," sagte Eduard, der seine Angst zu verbergen suchte, „bringe mich doch wieder ins Haus . . . . . ich habe Hunger."

„Wie, du willst Hunger haben? . . . Du bist ja gerade vom Tische aufgestanden!" sagte Marcella, die keine größere Lust empfand als ihr Sohn, dieses traurige Schauspiel noch länger zu betrachten. „Du täuschest dich sicherlich. Komm' in einen anderen Weg . . . vielleicht scheint hier die Sonne noch zu sehr und die Hitze macht dich müde."

„Ja, lassen Sie uns in das Gehölz eintreten," sagte Rosa. „Sie gewährt keinen schönen Anblick. Es ist keine Gefahr vorhanden, daß sie uns folgen könnte, und wenn sie übrigens erst einmal in einer Allee ist, verläßt sie sie nicht so leicht. Hier können Sie noch sehen, wie sehr das Gras in der Mitte zertreten ist — so oft ist sie stets auf derselben Stelle hin und her gegangen. Arme Schwester . . . wie schade! Sie war so schön und gut . . . Ich weiß mich noch der Zeit zu erinnern, wo sie mich auf ihrem Arm trug und sich mit mir beschäftigte, wie Sie sich mit diesem schönen Kinde abgeben. Seit ihrem Unglück aber kennt sie mich nicht mehr, und weiß nicht einmal mehr, daß ich da bin."

„Ach, liebes Fräulein Rosa . . . welch' ein entsetzliches Unglück in der Tat! Und welches ist die Ursache? Ist es Kummer oder Krankheit? Weiß man es überhaupt?"

„O ja . . . man weiß es. Aber man spricht nicht davon."

„Ich bitte um Verzeihung, wenn das Interesse, das ich Ihnen entgegenbringe, mich eine indiskrete Frage an Sie richten ließ."

„O, was Sie anbelangt, Frau Baronin . . . bei Ihnen ist es etwas ganz anderes. Es scheint mir, Sie sind so gütig, daß man sich vor Ihnen nie gedemütigt fühlt. Ich verrate Ihnen also im Vertrauen, daß meine Schwester wahnsinnig geworden ist aus lauter unglücklicher Liebe.

Sie liebte einen herzensguten und ehrbaren Menschen. Doch er besaß nichts, und unsere Eltern wollten nicht in die Heirat einwilligen. Da ging der junge Mann unter die Soldaten und ließ sich in Algier totschießen. Die arme Brikoline, die seit seiner Abreise immer traurig und schweigsam war und bei der man nur schlechte Laune und Kummer vermutete, der mit der Zeit vergehen würde, erfuhr seinen Tod auf eine zu grausame Weise. In dem Glauben, wenn sie alle Hoffnung verlöre, würde sie endlich einen Entschluß fassen, warf meine Mutter ihr diese böse Nachricht mit ziemlich harten Worten an den Kopf — in einem Augenblick, wo eine solche Erregung sie tödlich treffen konnte. Doch meine Schwester schien nicht zu hören und gab keine Antwort. Wir waren gerade beim Abendessen — ich erinnere mich noch, als wäre es gestern gewesen, obgleich ich noch sehr jung war. Sie ließ ihre Gabel fallen und starrte meine Mutter länger denn eine Viertelstunde an, ohne ein Wort zu sagen und ohne die Augen zu senken . . . und mit so seltsamer Miene, daß meine Mutter sich fürchtete und schrie: „Sollte man nicht meinen, sie wollte mich verschlingen?" „Du treibst es zu arg," antwortete meine Großmutter — sie ist eine ausgezeichnete Frau und hätte die Brikoline gern mit ihrem Geliebten verheiratet — „Du jagst ihr so große Angst ein, daß du sie noch verrückt machst."

(Fortsetzung folgt.)

Quelle? Was ist auf die eindrucksvollen Enthüllungen Liebknechts geschehen? Der Kommission, die noch garnicht zusammengetreten ist, sehe ich mit großem Mißtrauen entgegen. Amtlich ist noch nichts festgestellt, aber inzwischen hat Herr von Krupp einen hohen Orden bekommen, obgleich seine Firma vor dem ganzen Volk der betrügerischen Erlangung militärischer Geheimnisse angeklagt ist. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz. — Zuruf: Er ist auch ins Herrenhaus berufen!) Ist das nicht ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren? Aber trotz alledem machen die Bürgerlichen ihre Verbeugung vor der Kommandogewalt, lehnen alle unsere Anträge ab und vereiteln alle unsere Reformversuche. Das Gardeprinzip halten Sie aufrecht, besonders aber soll Ihnen angekreidet werden, daß Sie das Einjährig-Freiwilligen-Privileg in dem Augenblick beibehalten, wo Sie Frankreich zur dreijährigen Dienstzeit zwingen, wo Italien die völlige Gleichberechtigung im Heeresdienst einführt; damit 17 000 Bourgeois-Söhne nur ein Jahr dienen, müssen zum Ausgleich 8500 Söhne der Bauern, unteren Beamten oder des kleinen Mittelstandes mehr in die Kaserne gesteckt werden. Eine merkwürdige patriotische Opferwilligkeit! Aber wenn wir bei der Militärvorlage unterlegen sind, so haben wir bei der Deckungsvorlage unseren Einfluß in gebührendem Maße ausüben können. (Lebh. Hört, hört! rechts.) Wenn es gelungen ist, diesmal die Arbeiterklasse vor Verbrauchssteuern auf die notwendigsten Lebensmittel zu schützen, so ist das vor allem ein Verdienst der Sozialdemokratie. Wenn wir auch nicht stark genug waren, die Militärvorlage zu verhindern, so doch, um das Volk vor neuen Steuerlasten zu bewahren. 1907 kehrten 41 Sozialdemokraten in den Reichstag ein, da haben wir Steuern auf Bier, Schnaps, Zigarren und Streichhölzer bekommen, 1912 wurden 110 Sozialdemokraten gewählt, und 1913 bekommen wir Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften. 1909 erklärte Herr v. Heydebrand, daß die Konservativen eine allgemeine Besitzsteuer nicht in die Hände eines Parlaments des gleichen Wahlrechts legen wollen. (Hört, hört! bei den Soz.) Da sieht man den Unterschied am besten! Wir sind nicht besiegt, wir sind uns treu geblieben und werden uns treu bleiben, bis unsere Grundsätze durchgeführt sind. Sie aber haben Ihre Grundsätze preisgegeben, Sie haben nicht mehr den Mut, nach dem 12. Januar 1912 Ihre Steuerpolitik weiter zu führen. An Ihrem steten Rückgang, an dem wir nach Kräften arbeiten werden, sehen wir die Gewähr dafür, daß das jetzt angewendete Deckungsprinzip auch für die Zukunft gewahrt bleibt. Das Volk wird verhindern, daß in Zukunft die indirekten Steuern erhöht werden, das Volk will es verhüten, ebenso wie wir es verhüten wollen, daß Deutschland der agent provocateur für Rüstungen bleibt. (Große Unruhe rechts.) Wir trauern nicht um unsere Niederlage, wir streben auf ungebahntem Wege dem Menschheitsideal nach, aber trotz aller Verleumdungen und Beschimpfungen kann die Vernunft, kann der menschliche Fortschritt nicht niedergetreten werden. Ich rufe Ihnen in letzter Stunde zu: Suchen Sie die Versöhnung mit Frankreich, seien Sie Vertreter des Volkes, das den Frieden will, Frankreich liebt und vom Wettrüsten nichts wissen will. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir werden vom Volk noch mehr Macht verlangen, damit wir weiteres Unheil verhüten können. Das Volk wird uns antworten: Ihr habt recht gehandelt, arbeitet weiter unter dem alten Wahlspruch: Nieder mit dem Militarismus, dieser Ausgeburt des Kapitalismus, es lebe der Sozialismus! (Stürmischer Beifall bei den Soz. — Zischen rechts.)

Präsident Kämpf ruft den Vorredner nachträglich zur Ordnung, weil er dem Parlament Verlogenheit vorgeworfen hätte.

Schultz (Rpt.): Mit den Erfurter Verurteilten haben auch wir Mitleid, aber solange das Urteil nicht vorliegt, können wir es nicht beurteilen. In der auswärtigen Politik ist Herr Scheidemann von völliger Ahnungslosigkeit. Die französischen Sozialdemokraten werden einen Angriff Frankreichs auf uns nicht hindern können. Welcher französische Minister hat bisher die Annexion Elsaß-Lothringens anerkannt? Wer das strahlende Ehrenkleid unseres Offiziers- und Unteroffizierskorps beschmutzt, begeht eine Todsünde am Volk, indem er das Vertrauen zur Armee untergräbt. Unsere Armee ist das schärfste Kriegsinstrument und deshalb die stärkste Friedensbürgschaft. (Großer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Man wirft mir vor, daß ich die Sozialdemokraten nicht von der Notwendigkeit der Heeresvorlage überzeugt habe, aber Sie wollen sich ja gar nicht überzeugen lassen, und gehen blind an den Tatsachen vorüber, die die Regierungen und die Reichstagsmehrheit überzeugt haben, daß diese Vorlage zur Sicherung des Vaterlandes notwendig ist. Ich finde keinen Ausdruck, um die Aeußerung zurückzuweisen, daß wir die agents provocateurs der Rüstungen seien. Wir wollen keinen Krieg, sondern wünschen, wie die deutsche Geschichte beweist, in Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn zu leben. Die geschichtliche Wahrheit, daß Stärke der beste Schutz vor Angriffen ist, ist auch noch nicht abgeschafft. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Was meint Herr Scheidemann mit dem Militarismus? In einem großen Organismus, wie unser Heer ihn darstellt, ist dauernd zu arbeiten und zu bessern, und daran arbeitet die Armee und wir alle. (Beifall rechts.) Die Resolutionen bringen Unvollkommenheiten zur Sprache, die Armee wird sie pflichtgemäß prüfen und wenn nötig, Abhilfe schaffen. Aber Sie, meine Herren Sozialdemokraten, stellen sich ja bei Ihrer Kritik gar nicht auf diesen Standpunkt, Ihnen ist es ja gar nicht darum zu tun, zu bessern. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Tosende Entrüstungsrufe bei den Soz.) Sie haben uns oft genug gesagt, daß Ihnen unser Heer ein Greuel ist. Sie erkennen in unserer Armee eine Macht, die Ihren Zwecken gottlob nicht freundlich gesinnt ist. Sie wollen durch Ihre zersetzende Kritik nicht bessern, sondern zerstören. (Beifall rechts. Stürmische Kundgebungen der Soz. gegen diese Beschuldigung.) Aber trotz der hochtönenden Worte des Abg. Scheidemann (Lärm bei den Soz. Zuruf: Die höchsttönenden Worte liegen bei Ihnen.) werden Sie das Vertrauen des Volkes zum Heer nicht erschüttern. In einer Unzahl von Leuten, die Sie gewählt haben, lebt felsenfest das Bewußtsein, daß wir kein Deutschland hätten, ohne eine starke Armee. (Zuruf von den Soz.: Was wissen Sie vom Volk.) Das Volk weiß, wie mit unserer Wehrmacht der Wohlstand und die Macht Deutschlands steht und fällt. Das deutsche Volk erkennt in der Ehre der Armee seine eigene Ehre. (Lebh. Beifall rechts. Zuruf bei den Soz.: Und deshalb wählt das Volk sozialdemokratisch!) Aus diesem Gedanken ist die Wehrvorlage geboren, die von der Mehrheit nach langer und aufopfernder Prüfung angenommen wird. So große Forderungen sind noch nicht dagewesen, aber ich bin überzeugt, daß Ihre Prüfung Sie zu einem Beschluß führen wird, den Ihnen das ganze Vaterland danken wird. (Lebh. Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Präsident Kämpf meint, dem Reichskanzler sei von den Sozialdemokraten das Wort Flegelei zugerufen worden. Er würde, wenn er den Rufer kennte, ihn zur Ordnung rufen. (Da ein solcher Zuruf nicht gemacht wurde, meldet sich auch der Rufer nicht.)

Scheidemann (Soz.): Derselbe Reichskanzler, der mit solcher Entrüstung den Vorwurf zurückgewiesen hat, daß Deutschland in der Rüstungsfrage die Rolle des agents provocateurs spiele, hat behauptet, daß unsere Vorschläge gar nicht ernstlich Verbesserungen in der Armee wollten. (Sehr richtig! rechts. Große Unruhe bei den Soz.) Wer gibt dem Reichskanzler das Recht zu einem solchen Vorwurf nach all unseren Anträgen zur Hebung der Volksgesundheit, des Säuglingsschutzes, zum Schutz der Soldaten gegen Mißhandlungen usw. (Lachen rechts.) Ich bedauere sehr lebhaft, daß das deutsche Reichstagspräsidium eine Partei nicht in Schutz nimmt, der ein solcher Vorwurf gemacht wird. (Stürmische Zustimmung bei den Soz. Präsident Kämpf ruft den Redner dafür zur Ordnung und erklärt auf den stürmischen Widerspruch der Soz., daß Scheidemann den anderen Parteien vorgeworfen hätte, daß sie ihre Ansichten nicht ernst meinten.) Das ist ein Irrtum, ich habe nur von einer Aenderung der Anschauungen gesprochen. Frieden und Freundschaft wollen Sie? Da rüsten Sie? Da müßten Sie die Initiative zur Friedensverständigung ergreifen! (Stürm. Zustimmung bei den Soz.) Wer gibt dem Reichskanzler das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen? (Stürmische, minutenlang anhaltende Zustimmung bei den Soz. Lärm rechts. Die Regierungsvertreter lachen. Abg. Dr. David: Wer hat den Reichskanzler auf seinen Platz gestellt?) Nicht der Wille des Volkes hat den Reichskanzler hierher gesetzt, und wenn ihm der Reichstag das größte Mißtrauensvotum erteilt, solange ihm nur ein einziger vertraut, bleibt er sitzen. Wir aber stehen hier als Vertreter der Mehrheit des deutschen Volkes, und wir sehen in dem militärischen Organismus nicht nur die Dinge, die wir bekämpfen, die Soldatenmißhandlungen, den Kasernendrill, die barbarischen Strafen, die Unterwürfigkeit, wir sehen in ihm auch das furchtbare Instrument in der Hand eines einzelnen Mannes, der es verlangt, daß die Soldaten auf Vater und Mutter schießen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unsere Verbesserungsanträge sind gestellt für unsere Brüder, unsere Söhne, die in die Armee hineingezwungen sind, deshalb weise ich es mit der größten Entschiedenheit zurück, wenn uns der Reichskanzler vorwirft, daß unsere Anträge nicht ernst gemeint seien. Wir nehmen es damit so ernst, wie mit unserem Kampf gegen den Militarismus und dem Kampf gegen das ganze System, als dessen Vertreter Sie, Herr Reichskanzler, hier stehen! (Stürm. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Generaldebatte.

Erzberger (Z.) bemerkt persönlich, daß ihn eine wichtige Besprechung vom Saal ferngehalten habe und beklagt sich über Angriffe in der sozialdemokratischen Presse.

In der Einzelberatung begründet

Bassermann (NL.) einen Antrag auf Wiederherstellung der gestrichenen drei Kavallerieregimenter.

v. Putlitz (K.): Wenn Abg. Scheidemann für das Volk sorgen will, dann soll er für die Wiederherstellung der drei Kavallerieregimenter stimmen! (Große Heiterkeit bei den Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen verlangt die Annahme des Antrags Bassermann aus Gründen der Sicherheit Deutschlands.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Bassermann ist am Montag.

Ein Antrag Albrecht (SD.) verlangt Änderung des Militärstrafgesetzbuches dahin, daß bei gewissen Vergehen, wie Aufruhr usw. auch mildernde Umstände zugelassen werden sollen.

Schulz-Erfurt (SD.): Zu diesem Antrag veranlaßt uns das Menschlichkeitsgefühl mit den Opfern des Erfurter Falles. Nach dem Bericht des bürgerlichen Erfurter „Allgemeinen Anzeigers" handelt es sich um mehrere verheiratete Reservisten. Es kam nach einer Kontrollversammlung zu einer Prügelei zwischen Leuten aus verschiedenen Ortschaften. Die Leute gaben ihre Straftaten zu, die Mehrzahl erklärte, stark betrunken gewesen zu sein. Es war eine gewöhnliche Wirtshausrauferei, die mit militärischer Insubordination gar nichts zu tun hat, weil aber der Gendarmeriewachtmeister am Tage der Kontrollversammlung als militärischer Vorgesetzter angesehen wurde, verurteilte man die Angeklagten wegen Meuterei! Der eine der Verurteilten bekam 5 Jahre Zuchthaus, er hat seinen alten Vater zu ernähren, den er am Schluß der Verhandlung schluchzend um Verzeihung bat. Das sind die Tatsachen. Wir verurteilen Roheitsdelikte, aber das furchtbar grausame Militärstrafgesetz bedingt solch ungeheuerliche Strafen und dagegen wenden wir uns. Ein Ortsvorsteher hat den Angeklagten das beste Zeugnis ausgestellt und ihre Vergehen nur durch den Rausch erklärt. Der Vorsitzende der Verhandlung sagte, daß das Unglück nicht geschehen wäre, wenn die Angeklagten sich nicht falschen Belehrungen und Einflüssen von gewisser Seite hingegeben hätten. Das beweist, daß die Richter sich von politischen Motiven leiten ließen. Empörend ist es, daß mildernde Umstände nicht zugelassen sind. Wenn Sie diese mittelalterliche Grausamkeit beseitigen wollen, so stimmen Sie für unseren Antrag. (Lebh. Beifall be iden Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Das Urteil liegt noch nicht vor, die Berufungsinstanz muß man auch noch abwarten und es kommt ja auch noch die allerhöchste Gnade in Betracht. Die Resolution, die die Regierung auffordert, Verbesserungen des Militärstrafgesetzbuches zu erwägen, wird demnächst gewissenhaft geprüft werden. Aber man kann nicht auf Grund von gestrigen Ereignissen und Zeitungsartikeln ein Gesetz ändern. Unsere Richter urteilen übrigens lediglich nach Pflicht und Gewissen. (Beifall rechts.)

Dr. Frank (SD.): Der Reichskanzler hat uns vorgeworfen, wir wollten nicht die Zustände bessern, sondern wollten lediglich die Armee zersetzen. Wenn wir wirklich Haß gegen die Armee säen wollten, dann durften wir unseren Antrag auf Reform des Militärstrafgesetzbuches nicht stellen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Denn mehr, als unsere Reden und unsere Agitation, wird ein Urteil wie dieses dazu beitragen, im Volke draußen gegen die Einrichtungen des Heeres Haß und Verachtung zu säen. (Lebh. Zustimm. b. d. Soz.) Der Kriegsminister sagt natürlich, er hat die Akten noch nicht; aber wir haben in der Kommission Fälle genug vorgetragen, deren Akten er kennen mußte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und es hat sich aus den bürgerlichen Parteien nicht ein einziger Abgeordneter gefunden, der diese empörenden Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches zu verteidigen den Mut gehabt hätte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Herr Schulz-Bromberg sagte, man würde den Opfern des Urteils nicht das menschliche Mitleid versagen. Hier kommt es nicht darauf an, das Mitleid zu beweisen, das Tränen weint, sondern das Tränen trocknet. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn wir hier nicht sofort Abhilfe schaffen, so machen wir uns alle moralisch mitschuldig, daß solche Urteile, die nicht vereinzelt sind, vorkommen. Die Zusage, daß die Resolution, die dasselbe will, geprüft werden soll, ist für uns keine Beruhigung. Jeder Tag, jede Stunde, die wir hier versäumen, ist verloren. (Sehr richtig! b. den Soz.) Kaum eine Kontrollversammlung, kaum ein Manöver geht vorüber, ohne daß ähnliche Fälle mit immer denselben Konsequenzen sich wiederholen. Ich erinnere an den vom Abg. Fehrenbach angeführten Fall im Schwarzwald, wo ein junger Mensch mit einem Unteroffizier aus Eifersucht in Streit geriet. Er fühlte sich in dem Augenblick nicht als Soldat, sondern als kräftiger junger Bauernbursch. Es kam zu einer Schlägerei, die Folge war auch hier, daß ein halb Dutzend anständiger junger Leute mit ihren Familien für ehrlos erklärt wurde und selbst auf 5 Jahre ins Zuchthaus kamen. (Hört, hört!) Solche Dinge dürfen wir nicht weiter dulden. Der Reichstag hat heute die Macht, wenn er will, das Gesetz zu ändern. Die Regierung möge es versuchen, dem deutschen Volke zu erklären, wir lehnen die Militärvorlage ab, weil damit verbunden ist eine Bestimmung, die diese barbarischen Urteile der Militärgerichte unmöglich machen will. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man wird gewiß wieder sagen man könne nicht einen Paragraphen herausgreifen, wo das ganze Gesetz reformbedürftig sei. Das ist die alte Erfahrung, daß wer in einem Fall nicht helfen will, sagt, es gibt viel Elend auf der Welt. Die Paragraphen, um die es hier handelt, sind die, bei denen die häufigsten barbarischen Urteile gefällt werden, die, die mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes in schroffstem Widerspruch stehen. Man kann eben nicht Leute, die in einen Wirtshausstreit kommen, als militärischen Aufrührern und Meuterern erklären, weil sie einen Gendarm und Unteroffizier dabei angreifen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Einwand ist im voraus widerlegt dadurch, daß beim bürgerlichen Strafrecht der gleiche Reichstag genau denselben Weg gegangen ist. Dort hat man nicht gesagt, wir wollen warten bis zur großen Reform des Strafgesetzbuches, weil die Wucht des Rechtsbewußtseins der Massen den Reichstag vorwärts getrieben hat. Was wir vorschlagen, ist die allerbescheidenste Mindestforderung. Doppelt und dreifach müssen die Herren von der Mehrheit zustimmen, die im Begriffe sind, die Militärvorlage zu bewilligen. Oder wollen Sie dem Volke erklären, wir wollen dafür, daß der letzte waffenfähige Mann in die Kaserne muß, aber wir haben aus formellen Gründen, aus Schönheitsgründen abgelehnt, eine Reform durchzuführen, von der Dringlichkeit wir alle ohne Ausnahme überzeugt sind. Sie haben zu wählen, ob Sie dem Rechtsbewußtsein des Volkes nachgeben oder im übelangebrachten Vertrauen warten wollen, bis die Regierung nach 20jährigen Erwägungen endlich etwas tut. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Dr. Müller-Meiningen (Vpt.): Auch wir möchten dringend bitten, daß über dieses drakonische Urteil so schnell wie möglich auf telephonischem oder telegraphischem Wege Aufklärung geschaffen wird. Die Militärverwaltung muß erklären, daß sie dem einstimmigen Wunsch der Budgetkommission nach Beseitigung solcher Grausamkeiten nachkommen und schleunig ein Notgesetz einbringen werde. Anderenfalls müßten wir dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen. Wenn das Gesetz dann formell nicht so aussieht wie wir es wünschen, trägt die Hartnäckigkeit der Militärverwaltung die Schuld. (Beifall b. d. Vpt.)

Kriegsminister v. Heeringen: Eine Erklärung der verbündeten Regierungen auf Einbringung eines Notgesetzes kann ich nicht abgeben, dazu wäre ein Beschluß der verbündeten Regierungen notwendig, und der kann erst gefaßt werden, wenn Ihre Resolution geprüft werden wird. Aber ich bin überzeugt, daß in einer ganzen Anzahl von Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches es notwendig ist, mildernde Umstände einzuführen. Das erwähnte Urteil aber, das noch garnicht einmal schriftlich vorliegt, bitte ich hier nicht verwerten.

Stadthagen (SD.): Es handelt sich doch nicht um dies eine Urteil, ich erinnere an die Landwehrleute, die durch eine Depesche den Kaiser gebeten hatten, nicht in Viehwagen befördert zu werden, und dafür 6 Jahre Zuchthaus zubringen mußten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Herren, die der Militärvorlage ohne unseren Antrag zustimmen, sind mitschuldig, wenn die neueinzustellenden 13 Mann denselben Gefahren unterliegen. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Seit mehr als Jahren klagen wir über solche Urteile, und die Militärverwaltung hat in der ganzen Zeit nicht das mindeste getan. Die Beschlüsse der Budgetkommission sind auch schon 5 Wochen gefaßt, der Kriegsminister hatte also Zeit, die Meinung der verbündeten Regierungen zu erforschen. Entweder müssen wir dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, oder zu Montag noch einen Initiativantrag einbringen. (Beifall b. d. Volkspt.)

Gröber (Z.) [zur Geschäftsordnung]: Ein endgültiges Urteil über den Erfurter Fall können wir heute noch nicht abgeben. Ich beantrage nicht bloß die Abstimmung, sondern auch die Debatte bis Montag zu vertagen.

Die Abgg. Bassermann (NL.), Dr. Frank (SD.), Müller-Meiningen (Vp.) unterstützen diesen Antrag.

Kriegsminister v. Heeringen: Auch am Montag werde ich eine andere Erklärung noch nicht abgeben können. Aber die Einführung mildernder Umstände ins Militärstrafgesetzbuch wird sicher in wohlwollende Erwägung gezogen werden.

Der Vertagungsantrag Gröber wird angenommen.

Damit ist die Debatte über die Wehrvorlage erledigt, die Endabstimmungen werden Montag erfolgen.

Die dritte Lesung über den Wehrbeitrag und die Novelle zum Reichsstempelgesetz wird debattelos erledigt, einige kleine Abänderungsanträge (andere Veranlagung von Wertpapieren, Stempel bei Feuerversicherung von Immobilien, bei Einbruchdiebstahl- und Glasversicherung) werden Montag zur Abstimmung kommen. Die Tagesordnung erschöpft.

Dr. Waldstein (Vp.) bringt einen von allen Parteien der Linken und dem Zentrum unterstützten Gesetzentwurf betr. Einführung mildernder Umstände bei mehreren Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches ein.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr (Antrag Waldstein, zurückgestellte Abstimmungen, Rest der Deckungsvorlagen).

Schluß 2 Uhr.

Moloch Militarismus

feiert Fest über Fest! Im Reichstag werden ungezählte Millionen in den Rachen geworfen; in Kaserne und auf dem Exerzierplatz steht Blüte des Volkes unter seiner finstern Kommandogewalt und in seinen Gerichtshöfen herrscht Grauen.

Der Erfurter Fall beleuchtet wie ein die Szene:

15 Jahre 11 Monate Zuchthaus,
12 Jahre 6 Monate Gefängnis,
7 ruinierte Menschenleben und
6 vernichtete Familien.

Und diese klobigen Strafen sind nicht etwa hängt wegen Mord und Totschlag, sondern wegen eines

Alkoholexzesses!

Der Hergang ist kurz folgender:

Sämtliche sieben Landwehrleute, und der Arbeiter Moritz See, der Zimmermann Friedrich Kemeyer, der Arbeiter Karl Ropte, der Zimmermann Georges, der Bergarbeiter Thielo Kolbe, der Maurer Friedrich Langhahn und der Knecht Karl Schirmer, in Wolkramshausen bei Nordhausen wohnen und denen sechs Familienväter sind, kehrten am 16. 1913, von einer Kontrollversammlung zurückkommend in einem Restaurant in Ruxleben ein, wo — wie das namentlich in ländlichen gegenden bei derartigen Anlässen leider üblich ist — dem Alkohol zusprachen. Im angetrunkenen Zustande ließen sich die Leute nun zu unüberlegten Handlungen hinreißen, die, weil sie an dem Tage drakonischen Militärstrafgesetzen unterstanden, verhängnisvolle Folgen für sie zeitigen sollten. Die Angeklagten

lagerten die Ausschankstelle, tranken tüchtig Bier und belästigten eine am Ausschank beschäftigte Frau in kitzlicher mit feinen Weise. Der Angeklagte Georges — Als der Polizeisergeant Müller in einem andern Gast in Differenzen geraten Lokal kam und die Leute zur Ruhe und zum Gehen aufforderte, kam zur Anordnung des Polizeis zu Auseinander. Wirt die Leute auf, das Lokal zu verlassen. Die Leute leisteten Widerstand und nahmen eine drohende Haltung ein. Der Polizist rief telephonisch den Gendarmen Stock herbei. Die Beamten drängten die Landwehrleute zur Haustür hinaus, wobei sie, durch den heftigen Widerstand veranlaßt, die Waffe zogen. Der Angeklagte See erhielt von dem Gendarm mit dem Säbel einen Schlag auf den Arm. Der genossene Alkohol peitschte die Leute zu noch weiterem Widerstand auf. Sie versuchten gemeinsam erneut in das Haus einzudringen, weil sie der Ansicht waren, daß sie zu Unrecht hinausgeworfen seien. Vor Gericht erklärten die Angeklagten unter Tränen, daß sie sich heute garnicht denken könnten, wie das alles habe so kommen können; sie hätten im Rausch nicht gewußt, was sie taten. Einige Angeklagte sollten nach Informationen, die das Gericht eingezogen hatte, aufrührerische und gewalttätige Menschen sein. Doch der Gemeindevorsteher von Wolkramshausen stellte ihnen das beste Zeugnis aus. Sie seien alle gute Charaktere und man könne ihnen nichts Nachteiliges nachreden. Sie seien nur durch den Einfluß des Alkohols zu der Tat hingerissen worden. Auch für die Annahme des Vorsitzenden, daß die Angeklagten von „einer gewissen Seite" durch falsche Belehrungen beeinflußt worden seien, wurde in der Verhandlung nicht der geringste Beweis erbracht. Während der Verhandlung spielten sich tragische Szenen ab. Die Plaidoyers mußten mehrere Male unterbrochen werden, weil der Angeklagte Georges in Weinkrämpfe fiel. Die Frau eines Angeklagten mußte ohnmächtig aus dem Zuhörerraum getragen werden. Das Urteil lautete, wie schon gemeldet, gegen See auf 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Hagemeyer 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Schirmer 5 Jahre 2 Monate Zuchthaus, Georges 5 Jahre 6 Monate Gefängnis, Kalbe 5 Jahre 3 Monate Gefängnis, Langhalm 1 Jahr und Ropte 7 Monate Gefängnis. Ferner wurde gegen die ersten 5 Angeklagten die Entfernung aus dem Heere ausgesprochen.

Niemandem ist ein ernstliches Leid zugefügt worden und dennoch diese drakonischen Strafen, die für ein halbes Dutzend Familien die entsetzlichsten Folgen nach sich ziehen!

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Hanau-Bockenhain-Gelnhausen-Orb faßte zum deutschen Parteitag folgende Beschlüsse: 1. Die Kreisgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Die Versammlung hält eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch die Organisation für dringend geboten. 2. Zur Maifeier wird beantragt, daß alle Parteigenossen und -Genossinnen, die in Vertrauensstellen der einzelnen Zweige der modernen Arbeiterbewegung angestellt sind, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern müssen. Von den übrigen Parteimitgliedern, die in Betrieben der modernen Arbeiterbewegung beschäftigt sind und am 1. Mai unter Fortzahlung ihres Lohnes feiern, wird bestimmt erwartet, daß sie ebenfalls ihren Tagesverdienst vom 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern. Bei der Besprechung über die verflossene Landtagswahl wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die dem Reichstagsabgeordneten Gen. Hermann Wendel die schärfste Verurteilung ausspricht, weil er am 16. Mai seiner Wahlpflicht nicht nachkam, indem er einen Vortrag in Eisenach hielt. Die Generalversammlung wies diese Entschuldigung als völlig unstichhaltig zurück. Die gleiche Verurteilung fand die Nichtbeteiligung einiger anderer Parteimitglieder. — Im sozialdemokratischen Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M. stieg im letzten Berichtsjahre die Mitgliederzahl nur um 14; sie beträgt jetzt 9553. Hiervon sind 8606 Männer und 947 Frauen. Die Finanzen der Organisation haben sich recht günstig entwickelt. Seit Beginn des Geschäftsjahres ist allerdings der Beitrag für männliche Mitglieder von 40 Pfg. auf 50 Pfg. für den Monat erhöht worden. Das Parteiorgan, die „Volksstimme", machte während der Reichstagswahl 1912 einen großen Aufschwung. Leider hat es nach der Wahl in der Verbreitung einen kleinen Rückgang erfahren. Die Kinderschutzkommission kann von erfreulichen Erfolgen berichten, insbesondere auch davon, daß die Polizeibehörde der Beschäftigung der Kinder etwas mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Preßprozeß. Der verantwortliche Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme", Genosse Seiffert, wurde vom Schöffengericht wegen angeblicher Beleidigung des Chemnitzer Stadtrates zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die „Volksstimme" hatte die Arbeitsordnung der städtischen Müllabfuhr scharf kritisiert, da sie jedem sozialen Verständnis Hohn spreche. Ein von einem bekannten Berliner Sozialpolitiker erstattetes Gutachten hatte die Arbeitsordnung ebenfalls entsprechend gerügt. Es kam aber nicht zur Geltung, da das Gericht es ablehnte, darauf einzugehen. Die Klage war auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches erhoben und schloß somit jede Beweisaufnahme aus.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Straßenbahner in Schweinfurt. Der seit einigen Monaten währende Streik der Straßenbahner um Erhöhung des Stundenlohnes dauert noch immer an. Die Unternehmer sind schon selbst hinter den Streikposten her und versuchen sie, mittelst mit Gewalt, an der Ausführung der Streikbrecher zu hindern. Erst kürzlich wurde ein Streikender von einem Unternehmer so mißhandelt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Da in der Umgegend Streikbrecher nicht zu finden sind, wurden Agenten nach Nürnberg geschickt, die am Mittwoch einen Trupp Arbeitswilliger anwerben. Es gelang aber den Streikenden, die Verhältnisse, die vom Streik nichts wußten, wieder zur Abreise zu veranlassen. Trotzdem solchen Vorgehen gegenüber ist für alle Sympathie hier am Platze.

Jubiläum des „Grundstein". Zu den Gewerkschaftsblättern, die in den letzten Jahren ihr 25jähriges Bestehen feiern konnten, gesellt sich nun auch der „Grundstein", das Organ des Deutschen Maurerverbandes. Am 1. Juli 1888 erschien

[illegible] Nummer. Der „Grundstein" war nicht das erste Blatt, das für die deutschen Maurer herausgegeben wurde. Schon 1875 wurde vom Maurer- und Steinhauerbund ein Blatt unter dem gleichen Titel herausgegeben. Es fand jedoch nicht genügend Leser, und als 1878 das Sozialistengesetz erlassen wurde, stellte es sein Erscheinen ein, ohne erst das polizeiliche Verbot abzuwarten. 1883 gründeten dann die Maurer in einigen größeren Städten die ersten Fachvereine und 1884 schufen sie auf ihrem ersten Kongreß den „Bauhandwerker" als ihr gemeinsames Organ. Nach dem Titel war der „Bauhandwerker" Eigentum der Maurer Berlins und in deren Auftrage herausgegeben. Als Gegner der Zentralisationsbestrebungen, die von Hamburg ausgingen, trug der „Bauhandwerker" viel zur Zersplitterung der deutschen Maurerbewegung bei. Darum gab die Organisationskommission der Maurer Deutschlands, die ihren Sitz in Hamburg hatte, nach dem polizeilichen Verbot des „Bauhandwerkers" am 4. Juli 1886 den „Neuen Bauhandwerker" heraus, der 1887 auf dem vierten Kongreß der Maurer auch als offizielles Organ der deutschen Maurer anerkannt wurde. Das Blatt, das unter der geistigen Leitung von Karl Frohme stand, der es auch mit begründet hatte, sah als seine Aufgabe die Aufklärung der Maurer über politische, wirtschaftliche und allgemein kulturelle Fragen an. Es suchte die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Maurerbewegung im besonderen zu fördern und wirkte mit großem Erfolge für die Schaffung eines über ganz Deutschland ausgedehnten Zentralverbandes. Am 12. Juni 1888 wurde auch dieses Blatt von der Hamburger Polizeibehörde verboten. Als sein Nachfolger trat schon vierzehn Tage später der heutige „Grundstein" auf den Plan, der unter Frohmes Leitung die vom „Bauhandwerker" begonnene Tätigkeit fortsetzte. Als im Jahre 1891 der Zentralverband der Maurer Deutschlands gegründet wurde, machte man den „Grundstein" zum offiziellen Organ, das er dann fast 20 Jahre lang blieb, um 1911 bei Schaffung des Deutschen Bauarbeiterverbandes dessen Organ zu werden. In dieser Zeit hat der „Grundstein" dauernd für die Interessen der Maurer und der Bauarbeiter gewirkt. Mit großer Schärfe hat er die polizeiliche und gesetzliche Unterdrückung der aufstrebenden Arbeiterschaft gegeißelt und das Verhalten der arbeiterfeindlichen Unternehmer kritisiert. Zahlreiche Anklagen gegen seine verantwortlichen Redakteure waren die Folge. Keiner von ihnen ist ohne Strafe davongekommen. Auch Konfiskationen mußte der „Grundstein" über sich ergehen lassen, weil er sich der schärfsten Aufreizung der Arbeiterschaft schuldig gemacht haben sollte. Aber nicht nur die Polizei und die Staatsanwälte, auch die katholische Kaplanokratie verfolgte den „Grundstein" mit glühendem Haß. Und das nicht ohne Grund; hat doch der „Grundstein" in zahllose ländliche Arbeiterheime zum ersten Male den Funken der Aufklärung getragen und den Keim zur Erschütterung der Macht des Pfaffentums gelegt. In zahlreichen ländlichen Orten waren die Maurer, Leser des „Grundstein", Pioniere der sozialistischen Bewegung. Darum ist es kein Wunder, daß die Kapläne das Blatt von der Kanzel herab in Grund und Boden verdammten, daß sie den Beichtstuhl zur Agitation gegen den „Grundstein" benutzten, indem sie seinen noch religiösen Lesern oder ihren Frauen die Abnahme der Beichte verweigerten, solange sie nicht den „Grundstein" ein für allemal aus ihrer Wohnung hinausgeworfen hätten. Erreicht haben sie damit natürlich regelmäßig das Gegenteil von dem, was sie bezweckten. Auch in neuester Zeit erfreut sich der „Grundstein" noch der aufmerksamen Beachtung der Arbeiterfeinde. Als der „Grundstein" 1888 erschien, hatte er eine Auflage von 4500 Exemplaren; bei Gründung des Maurerverbandes im Jahre 1891 waren es 12 000 und 1895, vor Beginn der guten Konjunktur, 17 000 Exemplare. Bis 1909 stieg dann die Auflage auf 97 000 und bis 1907 auf 214 000 Exemplare. Die jetzige Jubiläumsnummer erscheint in 358 000 Exemplaren. Entsprechend der Steigerung der Auflage wuchs auch die Mitgliederzahl, und so zeigen die Auflagezahlen sprechend die steigende Macht und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. In mehreren Artikeln des „Grundstein" wird denn auch festgestellt, daß sich seine Aufgaben in den 25 Jahren seines Bestehens wesentlich geändert haben. Ehemals war seine Hauptaufgabe, die Gewinnung der Mitglieder für die Organisation und ihre Aufklärung über die allgemeinen Fragen der Arbeiterbewegung. Er mußte in jene Gebiete, wo die andere Arbeiterpresse nicht hin kam, die erste Flamme des Wissens tragen. Heute ist die große Mehrzahl aller Berufsangehörigen organisiert, darum kann die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zurücktreten, und auch die Verbreitung allgemeinen Wissens hat heute nicht mehr ganz die Bedeutung, wie zur Zeit der Gründung des „Grundstein"; diese Aufgabe kommt heute der sozialdemokratischen Presse zu. Dafür sind im „Grundstein" andere, nicht minder wichtige Fragen in den Vordergrund getreten, von denen nur an taktische und organisationstechnische Fragen erinnert sei, die sich aus dem Wachstum der Bewegung und der Zentralisation des Tarifwesens ergeben. Die Jubiläumsnummer des „Grundstein" erscheint, 16 Seiten stark, im festlichen Kleide. Künstler haben für würdige äußere Ausstattung gesorgt und alte, wie junge Redakteure lieferten Textbeiträge. Den Schluß bilden Artikel über die Bauarbeiter-Internationale und ihre Presse, welch letztere selbst in einem Bilde dargestellt wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Aus der Kaserne. Aus Breslau wird der „Berl. Volkszeitung" gemeldet: „Der Unteroffizier Dukatsch vom Regiment 11 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht, angeklagt der Mißhandlung und vorschriftswidrigen Behandlung Untergebener. Dukatsch trägt ein halbes Jahr die Tressen; seine Korporalschaft bestand aus Polen. Wegen Zuspätkommens zum Dienst stieß Dukatsch den Rekruten Exler mit dem Knie, ließ ihn hin und her laufen und sich hinlegen. Der Rekrut Bohla wurde wegen unterlassener Ehrenbezeigung und falscher Antwort mit der Hand ins Gesicht geschlagen. Wegen „langsamen Holens der Lampe" erhielt ein anderer Rekrut einen Stoß mit der Faust vor die Brust, daß er zurücktaumelte. Im Unterricht schlug Dukatsch dem Mann das Instruktionsbuch ins Gesicht, daß die Lippe anschwoll. Der Rekrut Langer wurde beim Gewehreinigen einmal mit der Hand ans Knie geschlagen, ein andermal bekam er eine Ohrfeige. Den Rekruten Switallet schlug der Unteroffizier im Unterricht wegen schlechter Antwort zweimal mit der Hand ins Gesicht. Weil der Rekrut Wolnasti seinen Namen nicht in die Hose eingenäht hatte, erhielt er einen Schlag mit der Hand ans Knie und weil er „langsam herausträt", einen Stoß mit dem Knie. Ein andermal warf er ihm einen Riemen ins Gesicht. Die Gerichtshandelnden bezeichnen die Behandlung als schmerzhaft. Dukatsch gab alles zu. Die Ausbildung der Rekruten sei ihm als jungen Unteroffizier schwer gefallen. Unachtsamkeit und Nachlässigkeit der Leute haben ihn erregt und im Diensteifer habe er zu den Mitteln gegriffen. Der Anklagevertreter beantragte bei Annahme von vierzehn Fällen „minderschwerer Art" der Mißhandlung, wovon dreizehn im Dienst, und bei zweien noch gleichzeitig vorschriftswidrige Behandlung nur sechs Wochen Mittelarrest. Der Verteidiger, ein Offizier, plädierte auf möglichste Milde, damit „diesem tüchtigen Unteroffizier", der „zu den besten Hoffnungen berechtigte", die Laufbahn nicht abgeschnitten wird. Das Kriegsgericht hielt die Anklage im vollem Umfang für erwiesen, sieht aber kein rohes Verhalten (!) darin und nahm auch „nur minder schwere" Fälle an. Der Unteroffizier habe im Affekt gehandelt, im „Diensteifer" wollte er die Korporalschaft hoch bringen, wobei er leider dort seine Hand erhoben, wo er dies hätte bleiben lassen sollen. Da er unbestraft sei, seien für die vierzehn Fälle sechs Wochen Mittelarrest eine „angemessene" Strafe.

Fünfeinhalb Jahre Zuchthaus für einen Arzt. Nach fünftägiger Verhandlung hat das Schwurgericht in Danzig den Arzt Dr. Julius Lewy wegen Verbrechens gegen das keimende Leben in zwei Fällen zu fünfeinhalb Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zwei Todesurteile. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht in Kottbus die Witwe Minna Köckeritz aus Drebkau, die beschuldigt ist, im Februar 1913 den Arbeiter Karl Fröhlich getötet und den Leichnam beseitigt zu haben, zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. — Das Schwurgericht in Metz verurteilte auf Grund eines Indizienbeweises den Hüttenarbeiter Paul Dini aus Rombach wegen Mordes zum Tode.

Ein Prozeß wegen 12 Pfennig. Bei dem Schöffengericht in Gotha ist ein Strafprozeß anhängig, der sich um 12 Pfg. dreht. Ein Pferdehändler hat an einer Chausseegeldeinnahmestelle statt der geforderten 16 Pfg. (Taxe für Luxuswagen) nur 4 Pfg. (Taxe für einen Geschäftswagen) gezahlt. Er behauptet, sein Wagen sei ein Geschäftswagen gewesen und als solcher benutzt. Das Gericht beschloß Zeugen und Sachverständige zu vernehmen. Das kann ein recht teurer Prozeß werden. Aber Gerechtigkeit muß geübt werden, und wenn die Welt darüber zugrunde geht!

Das blutige Kriegsspiel von Wächtersbach wurde dieser Tage nochmals vor der Hanauer Strafkammer verhandelt. Wie seinerzeit berichtet wurde, erregte die Erschießung einer Arbeiterfrau bei dem Kriegsspiele des Jungdeutschlandbundes in der Nähe von Wächtersbach am 21. April 1912 außerordentliches Aufsehen. Als Urheber des verhängnisvollen Schusses wurde der Sohn Johann des Bäckermeisters Lohrey und der Kanzleigehilfe Christian Schier vom Gelnhauser Landratsamt ermittelt. Beide erhielten am 9. September wegen fahrlässiger Tötung je zwei Monate Gefängnis. Auf die eingelegte Revision verwies das Reichsgericht die Sache nochmals an die Strafkammer zurück. Auf Veranlassung des Vorsitzenden des Ortsausschusses des Jungdeutschlandbundes, Pfarrers Fuchs-Wächtersbach, fand ein Kriegsspiel in der Gegend von Aufenau mit den Turnern und etwa 100 Schulkindern statt. „Damit die Sache einen recht kriegsmäßigen Anstrich hätte", wie sich der Pfarrer vor Gericht — nach seiner Ansicht geschmackvoll — ausdrückte, wurde der Kriegerverein veranlaßt, Gewehre herzugeben, damit mit Platzpatronen geschossen werden konnte. Diese unsinnige Anregung sollte bald verderblich wirken. Als die „Jugend" hörte, daß geschossen wird, kam natürlich Leben ins Städtchen, und einer erzählte dem anderen, wer ein Gewehr hätte, solle es mitbringen. So auch der Bäckerlehrling Lohrey. Mit einem Gewehr nicht zufrieden, nahm er vor lauter Begeisterung gleich zwei, nämlich eines vom Kriegerverein und das Flobertgewehr seines Vaters mit. Letzteres wollte er seinem Kampfgenossen Schier geben. Er traf diesen aber nicht zu Hause an und gab es nun dessen Bruder, dem mitangeklagten Christian Schier. An der Aufenauerstraße bemrkte Lohrey, daß Schier das Gewehr geladen hatte. Er wollte es zunächst heimlich abschießen, ließ sich es aber von Schier dann aushändigen, um den Hahn abzudrücken. Der Schuß traf die Frau in die Bauchhöhle, worauf die Getroffene nach einigen Tagen im Hanauer Landkrankenhause starb. Das Flobertgewehr hatte Schier mit einer Kugelpatrone geladen, wovon Lohrey keine Kenntnis hatte. Soweit der Sachverhalt. Das Gericht sprach den Lohrey frei und Schier behält seine zwei Monate. Leider geht der eigentliche Urheber des Unglücks, der Pfarrer, der das Mitnehmen der Gewehre veranlaßte, straffrei aus.

Aus Nah und Fern.

Ein Eisenbahner verunglückt. Sonnabend nachmittag bekam in Swinemünde der Heizer Löschburg, als er aus dem Lokomotivfenster eines Personenzuges heraussah, von der Lokomotive eines einfahrenden D-Zuges einen Schlag gegen den Kopf und war alsbald tot.

Bergarbeiterlos. Auf der Gewerkschaft Buttlar bei Vacha ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Durch den Bruch der Schwebebühne, welcher durch Herabstürzen von Tübings (Wasserkästen) erfolgte, wurden sechs Mann getötet, zwei erheblich und zwei leicht verletzt.

Explosion an Bord eines Öldampfers. An Bord des Öldampfers „Mohawk" im Hafen von Neuyork ereignete sich Freitag eine Explosion. Von der Bemannung des Schiffes sind fünf Mann getötet, sechs verwundet worden. Zwölf Mann werden vermißt.

Schrecklicher Zusammenstoß im Tunnel. Ein schwerer Unfall hat sich in dem im Bau befindlichen Tunnel des Mont d'Or in der Schweiz ereignet. Infolge einer mißverstandenen telephonischen Meldung stießen ein bergaufwärts und ein bergabwärts fahrender Zug im Tunnel zusammen und beide entgleisten. Sechs Personen wurden lebensgefährlich verletzt. Der Zugführer geriet unter die brennenden Trümmer seiner Lokomotive und mußte während der Rettungsarbeiten ständig mit Wasser begossen werden, um zu verhindern, daß er verbrannte. Mit großer Mühe gelang es, ihn tödlich verletzt herauszuziehen.

Zugentgleisung. Freitag aben entgleiste der von Lemberg nach Podhajce gehende Personenzug zwischen Biale und Dunajow infolge Unterwaschung des Bahnkörpers. Beide Lokomotiven und drei Waggons stürzten in einen Graben. Zwei Bahnangestellte sind getötet und zehn Personen verletzt worden.

Ein Erdbeben suchte am Sonnabend mehrere Orte in der italienischen Provinz Cosenza heim. Teilweise hat es schweren Schaden angerichtet.

Eisenbahnunglück. Sonnabend ist 14 Kilometer von Saloniki entfernt ein von Serres kommender Zug mit einer haltenden Lokomotive zusammengestoßen. Mehrere Passagiere, durchweg Bulgaren, wurden verletzt.

Hitzwelle in Amerika. Der mittlere Westen der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird seit einigen Tagen von einer Hitzwelle heimgesucht. In Chicago kamen sechs, in Cleveland fünfzehn tödliche Hitzschläge vor.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"